

Die Volksmacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Postgebühren, Einzelnummer 5 Pfg.

Volksmacht

Anzeigenspreise:
Die 6spaltige Beilage 20 Pfg. für auswärts 30 Pfg., die 8spaltige Anzeigenszeile 50 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Tagesbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 99

Danzig, Dienstag den 30. Juni 1914

5. Jahrgang

Ein Attentat

In Serajewo, der Hauptstadt Bosniens, sind am Sonntag der Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand von Oesterreich und seine Gattin einem Attentat zum Opfer gefallen. Es scheint sich um einen gut vorbereiteten Anschlag zu handeln, denn zuerst wurde gegen das Automobil, mit dem sich das Paar zum Rathaus begab, von dem Typographen Cabrinovic aus Trebinje eine Bombe geschleudert. Sie richtete zwar schweres Unheil an, nicht weniger als sechs Personen wurden zum Teil erheblich verletzt, doch der Thronfolger und seine Frau kamen diesmal noch mit dem bloßen Schreck davon. Als sie aber nach dem Besuch des Rathauses die Fahrt durch die Stadt fortsetzten, gab der 19 Jahre alte Unterprimaner Princip aus Gradow einige Schüsse auf das erzherzogliche Automobil ab. Der Thronfolger wurde im Gesicht, seine Frau, die Herzogin von Hohenberg, durch einen Schuss in den Unterleib verletzt. Beide wurden in den Konak überführt, in dem sie sofort ihre Verletzungen erlagten. Der Attentäter Princip, der längere Zeit in Belgrad studiert hat, soll nach seiner Verhaftung beim Verhör angegeben haben, er habe schon lange die Absicht gehabt, einmal eine hohe Person aus nationalistischen Motiven zu töten. Er habe einen Augenblick gezögert, da sich auch die Herzogin in dem Automobil befand, dann aber rasch gefeuert. Der 21jährige Typograph Cabrinovic erklärte, keine Komplizen zu haben. Cabrinovic war nach dem Attentat in den Fluss gesprungen, er wurde jedoch von nachspringenden Wachleuten und Personen aus dem Publikum verhaftet. Wenige Schritte von dem Schauplatz des zweiten Attentats wurde eine unwirksam gebliebene Bombe aufgefunden.

Die Kunde von dem Attentat hat natürlich überall das größte Aufsehen erregt. In Wien wurde die Nachricht um 4 Uhr nachmittags bekannt. Konzerte, Theateraufführungen und festliche Veranstaltungen wurden abgebrochen. Auch in Kiel, wo Wilhelm II. dem Wassersport huldigt, wurde die Regatta sofort beendet. Als dem Kaiser von Oesterreich die Nachricht mitgeteilt wurde, weinte er und brach in Worte aus: „Entsetzlich, entsetzlich! Auf dieser Welt ist mir nichts erspart geblieben.“ Mit dem alten Mann, der bald 84 Jahre alt wird, und an der Schwelle des Grabes steht, muß man Mitgefühl haben. Denn ihm hat das Schicksal besonders grausam mitgespielt. Im Jahre 1889 kam sein Sohn, der Kronprinz Rudolf, ums Leben. Später wurde seine Gattin ermordet, und jetzt hat er seinen Neffen verloren, denn der Ermordete ist ein Sohn seines Bruders. Der so jäh ums Leben gekommene Thronfolger stand im 50. Lebensjahr; seine Frau war 46 Jahre alt. Thronfolger ist jetzt Erzherzog Karl Franz Josef, der älteste Sohn des verstorbenen Erzherzogs Otto Franz Josef, geworden.

Der Ermordete war der Führer der Militärpartei und trat mit besonderem Eifer für den Ausbau des Militarismus ein. Daß er und seine Frau dem Attentat zum Opfer gefallen sind, ist gewiß zu bedauern. Doch die Ursachen des Mordanschlags sind zweifellos in der Unterdrückungspolitik Oesterreichs zu suchen. Im Jahre 1878, nach dem russisch-türkischen Krieg wurde Bosnien nach dem Berliner Vertrag von Oesterreich-Ungarn militärisch besetzt und zum Teil auch von Oesterreich verwaltet. Dem Sultan der Türkei verblieb die — Souveränität, was lediglich eine Formsache war. In Wirklichkeit betrachtete man Bosnien als österreichisches Gebiet, und es wurde alles zur „Besitzbefestigung“ getan. Man unterdrückte die Bevölkerung, was zu Aufständen führte, die blutig niedergeschlagen wurden. So wuchs der Haß des Volkes gegen Oesterreich. Im Jahre 1908 nahm man auch dem Sultan die „Souveränität“ und Bosnien wurde von Oesterreich-Ungarn ohne Umschweife annektriert und zu einer Provinz Oesterreichs gemacht. Die Stimmung unter der Bevölkerung wurde dadurch natürlich nicht besser, und das Attentat ist nicht etwa gegen den Monarchismus sondern gegen die Fremdherrschaft gerichtet. Die Attentäter stammen offenbar aus Serbien, Bosnien grenzt an Slavonien, Ser-

bien, Albanien und Montenegro, und die Serben sind mit der Bevölkerung Bosniens — Stammesverwandt. In Serbien sind auch groß-serbische Bestrebungen im Gange. Man will in Bosnien die österreichische Herrschaft los werden, und vielleicht glaubte man, durch das Attentat diesem Ziel näher zu kommen, oder man wollte doch auf diese Weise die Empörung über die Gewaltherrschaft Oesterreichs zum Ausdruck bringen. Der nationalen Sache Bosniens ist dadurch nicht gedient worden, denn jetzt wird wohl erst recht eine grausame Unterdrückungspolitik einsehen. Attentate sind sinnlos, und die Sozialdemokratie bekämpft sie aufs schärfste. Sie ist auch eine schroffe Gegnerin der Annexionspolitik, die aber zum Wesen des Kapitalismus gehört. Zur Vermehrung des Profits wird Raub- und Unterdrückungspolitik getrieben. Die großen kapitalistischen Staaten sind ständig auf der Jagd nach neuen Absatz- und Ausbeutungsgebieten. Preußen-Deutschland hat auch Länderraub verübt. Wir sehen ganz ab von der Kolonialpolitik und von den Eroberungen verschiedener Landesteile in früheren Zeiten. Es sind in neuerer Zeit Elsaß-Lothringen und polnische sowie dänische Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung annektriert worden. Obwohl man sich alle Mühe gegeben hat, diese Landesteile zu verpreußen und die Bewohner zu „loyalen Untertanen“ zu erziehen, ist man zu diesem Ziel trotz der ärgsten Unterdrückungspolitik nicht gekommen. Eine „nationale Gesinnung“ wird in der Regel als eine besonders große Tugend gepriesen, aber wehe der unterjochten Bevölkerung, wenn sie „national gesinnt“ bleibt, dann gilt das als ein schweres Verbrechen.

Das Attentat in Serajewo hat Opfer gefordert und die Welt einen Augenblick innegeht. Doch die Eroberungs- und Unterdrückungspolitik wird weiter getrieben werden, weil sie mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufs engste verknüpft ist. Erst der Sozialismus wird diesem Zustande ein Ende machen und den Völkern Freiheit und Unabhängigkeit bringen.

Ueber den Sicherheitsdienst in Serajewo wird uns telegraphiert:

Anlässlich des Aufenthaltes des Erzherzogs Franz Ferdinand wurden schon seit acht Tagen die polizeilichen Maßnahmen sehr strenge gehandhabt. Jeder nur halbwegs Verdächtige, jeder, der von auswärts kam, mußte sich durch besondere Legitimationspapiere ausweisen. Sonnabend wurden 37 verdächtige Personen verhaftet. Die Vorkehrungen der Behörden gingen soweit, daß hinter dem Militärspalier keine Ansammlungen des Publikums geduldet wurden, sogar jeder Blumenstrauß an den Fenstern und Balkons mußte entfernt werden. Ueber tausend Gendarmen wurden aus dem Innern des Landes in der Stadt zusammengezogen, um den Sicherheitsdienst zu verstärken. Wie ferner verlautet, sollen dem Erzherzog schon vor Beginn der großen Manöver zahlreiche Warnungen zugegangen sein. Der Erzherzog soll, als ihm die Gefahr der Teilnahme an den Manövern vor Augen geführt wurde, erklärt haben, er sei entschlossen, unter allen Umständen an den Manövern teilzunehmen und vor Drohungen nicht zurückzuweichen.

Der Belagerungszustand wurde von der Militärbehörde über Serajewo verhängt. Die Truppen werden in den Kasernen bereitgehalten.

Nieder mit dem Militarismus

Diesen Montag beginnt vor dem Landgericht II in Berlin der Prozeß gegen die Genossin Luxemburg. Seit der Zaberner Affäre ist man nervös geworden im Kriegsministerium. Die mächtige deutsche Armee, deren journalistische Verteidiger sie lieber heute als morgen im Kriege gegen zwei Fronten sehen möchten, kann nun einmal die Kritik nicht vertragen. Und Herr v. Falkenhayn hat offenbar, wie weitland der eiserne Kanzler gesagt, die gerichtliche Verfolgung der Kritiker gleich in groß herzustellen lassen. Das Kesseltreiben gegen die Genossin Luxemburg ist von besonderem Interesse, weil diese Prozesse sich so schön ergänzen. In Frankfurt a. M. sprach unsere Genossin gegen den Krieg, und der Herr Staatsanwalt fand, daß sie damit an dem Lebensnerv des heutigen Staates rüttelte. Prompt wurde sie ob solcher Mißtat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wobei freilich das Gericht die Paragraphen so hübsch durch-

einander brachte, daß das Reichsgericht kaum wird umhin können, den Urteilspruch umzustößen. — Jetzt handelt es sich um Soldatenmißhandlungen: Genossin Luxemburg hatte in Freiburg in einer Rede erklärt, diese Mißhandlungen seien alltägliche Erscheinungen. Zum allgemeinen Erstaunen wird darob wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere Anklage erhoben. Gewöhnliche Sterbliche sind darob erstaunt ob dieser Anklage, denn wer nicht Augen und Ohren mit Gewalt zumacht, der weiß ja, daß die Kriegsgerichte gerade jetzt mit Vollkraft arbeiten und mit all den Fällen von Soldatenschindereien gar nicht fertig werden können. Der Herr Kriegsminister erklärte erst im Mai d. Js. im Reichstage, daß er mit allen Mitteln an der Ausrottung der „systematischen Mißhandlungen“ arbeite, der Jahren hören mit der Versicherung, daß gegen die Mißhandlungen gewirkt wird. Wenn trotzdem der Kriegsminister, dem doch eine gewaltige Macht zusteht, ihrer nicht Herr werden kann, so ist damit eben gesagt, daß sie ein dem System des Militarismus notwendig anhaftender Krebsgeschaden sind, daß sie nicht auszurotten sind, so lange das System besteht. Wer das nicht zugibt, würde die absolute Unfähigkeit der Militärbehörden konstataieren, denn an dem guten Willen, die Mißhandlungen zu beseitigen, darf man nach all den feierlichen Versicherungen nicht zweifeln. Aber das tut nichts: Wer über Mißhandlungen schreibt oder spricht, wird vor den Rädern gezerrt, denn der „Lebensnerv“ ist halt überempfindlich, wie der bloßgeflegte Nerv in einem hohlen Zahn.

Es kennzeichnet die politischen Zustände im neuen Deutschland, daß gegen die Greuel der Soldatenschinderei die Sozialdemokratie ganz allein den Kampf führen muß. Die bürgerlichen Parteien haben das längst aufgegeben. Seit Wochen vergeht, wie gesagt, kein Tag, an dem nicht ein Kriegsgericht die Schuldigen wegen Mißhandlungen verurteilt, aber auch in der freistimmigen Presse wird man vergebens auch nur die Registrierung dieser Fälle suchen. Mit griffloser Liebe wird über diese Schandthaten geschwiegen. Die Sozialdemokratie allein legt den Finger in die Wunde. Sie muß dabei zugleich eines der wichtigsten bürgerlichen Rechte, das Recht der öffentlichen Kritik, verteidigen, das man zu vernichten sucht.

Zu dem unvergänglichen Verdienst August Bebel's gehört, daß er systematisch im Reichstage diese Greuel brandmarkt. Die Tribüne des Parlaments war damals die Arena, auf der sich unsere Genossen mit dem Militarismus auseinandersetzen. Jetzt hat der Kriegsminister dafür gesorgt, daß der Gerichtsstaat die Stätte wird, wo dieser Kampf sich konzentriert.

Ein Massenaufgebot von Zeugen hat sich der Verteilung, welche von den Rechtsanwältinnen Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin und Levy-Frankfurt geführt wird, zur Verfügung gestellt, um über die Zustände in der Armee nach dieser Richtung hin genaue Aussagen zu machen. Die Opfer des Systems melden sich zu Worte; sie selbst werden dem Kriegsminister und allen Verfechtern des Militarismus die Wahrheit sagen. Das Gericht hat allerdings die Ladung aller Zeugen abgelehnt, ebenso den Antrag auf Einforderung von Urteilen der Kriegsgerichte aus den letzten sechs Jahren, in welchen Tausende von Mißhandlungsfällen festgestellt sind. Aufgegeben hat die Verteidigung selbst die Zeugen geladen und zwar vorläufig 106. Weitere 100 stehen zur Verfügung.

Wie immer der Prozeß ausgehen mag, die Sozialdemokratie wird im Dienste der Menschheit den Kampf gegen Militarismus und Militarismus samt all seinen Greueln weiterführen. Gerade dieser Prozeß wird zum Signal werden für einen noch zehnmal schärfer geführten Kampf mit der Lösung: Nieder mit dem Militarismus!

Wir werden über die Verhandlungen ausführlich berichten.

Politische Tagesübersicht Deutschland

— Das Haager Schiedsgericht und der deutsche Wehrbeitrag. Die deutsche Reichsregierung hat bekanntlich den Einspruch der russischen Regierung auf Heranziehung russischer Staatsangehöriger in Deutschland zur Wehrsteuer abgelehnt. Hierzu erfährt der Berliner Lokalanzeiger von unterrichteter russischer Seite, Rußland sei geneigt, diese Streitfrage dem Haager Schiedsgericht zu überweisen, da es sich lediglich um die Interpretation des deutsch-russischen Handelsvertrages handle. Der Lokalanzeiger, der gute Beziehungen zu den Regierungsstellen hat, bemerkt hierzu: Ob die deutsche Regierung sich dieser Auffassung anschließen kann, muß als zweifelhaft bezeichnet werden.

— Die neue Marinevorlage. Die von einer Zentrums-Korrespondenz gebrachte Meldung, es sei eine neue Marinevorlage in Vorbereitung, wird in einem halbamtlichen „Dementi“ bestätigt. Der Berliner Lokalanzeiger vom Sonnabend abend schreibt, von der Vorbereitung für eine Flottenvorlage könne

keine Rede sein; aber: „Zur Durchführung der im Flottengesetz vorgesehenen planmäßigen Indienststellungen (in besonderen der Auslandsschiffe, im Rahmen dieses Gesetzes und mit vorhandenen Schiffen ist — wie bereits seit längerer Zeit bekannt ist — noch eine Mannschaftevermehrung erforderlich. Auf die Notwendigkeit einer baldigen Vermehrung der im Auslande befindlichen Schiffe hat Großadmiral v. Tirpitz bereits im letzten Reichstage hingewiesen.“

Wird die Flottenvermehrung kommt. Welche Kosten sie erfordern wird, werden wir auch noch erfahren. Neuer Reichstag, hlt!

Die Germania bemerkt zu dem Teinert: „Etwas Wahres ist also doch an der Korrespondenznachricht, die wir gestern wiedergegeben haben: Es steht jetzt schon nicht nur eine Mannschaftevermehrung, sondern auch eine Vermehrung der im Auslande befindlichen Schiffe in Aussicht. Und was kommt später? Wir werden ja sehen.“

Der Hochverratsprozeß gegen den Zeichner Hanni aus Kolmar kommt am 9. Juli vor dem vereinigten zweiten und dritten Senat des Reichsgerichts in Leipzig zur Verhandlung.

Ein auffälliger Integrierte. Pfarrer Nieborowski, der Herausgeber der katholischen Aktion, dem von der bischöflichen Behörde in Breslau verboten worden war, einen Vortrag in Breslau zu halten, hat diesen Vortrag trotzdem gehalten. Wie die schlesische Volkszeitung berichtet, soll er sich dabei über die Kundgebung des Domkapitels in scharfer Form ausgesprochen haben. Das schlesische Zentrumblatt findet das Verhalten Nieborowskis natürlich „unerhörbar“.

Polizei und Massenstreik. Zur Frage der behördlichen Bekämpfung des Massenstreiks wird der Braunschweigischen Landeszeitung angeblich zuverlässig gemeldet, daß auf Grund der letzten Pressemitteilungen die preussischen Behörden zu einer scharfen Ueberwachung und zum Massenaustritt auffordernden Versammlungen verpflichtet worden sind, und daß die Frage, ob eine gerichtliche Verfolgung der letzten Aufforderungen zum Massenstreik nach § 130 RStGB. zulässig ist, zurzeit einer Prüfung der behördlichen Instanzen unterliegt. Diese „Prüfung“ muß natürlich, wenn die Meldung richtig sein sollte, negativ ausfallen, denn § 130 bedroht nur den mit Strafe, der „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Massen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt“. Massenstreik bedeutet selbstverständlich noch nicht Gewalttätigkeiten, und keiner derjenigen, die den Massenstreik propagieren, hat zu Gewalttätigkeiten angegereizt. Wenn die Behörde das noch nicht weiß, dann verhilft ihr vielleicht ihre angeordnete stärkere Ueberwachung der Versammlungen zu dieser Kenntnis.

Eine Niederlage des badiischen Kultusministers. Am Sonnabend beschäftigte sich die badiische Kammer mit der Frage der Lehramtskandidaten, von denen der Ueberfüllung wegen nicht weniger als 60 nach eben bestandener Prüfung aus dem Staatsdienst entlassen worden sind, ohne daß ihnen vorher entsprechende Mitteilungen gemacht worden waren. Ueber diesen Vorgang interpellierten Abgeordnete aller Parteien der zweiten Kammer. Die Erklärungen, die der Kultusminister Dr. Böhm gab, befriedigten nicht, und der Redner der Sozialdemokraten, Dr. Frank-Mannheim, stellte den Antrag, zu beschließen, daß die Verantwortung der Interpellation durch den Kultusminister der Anschauung des Hauses nicht entspreche. Dieser Antrag wurde mit 23 gegen 22 Stimmen angenommen.

Keine Reichsarbeitslosenversicherung. Durch die Presse geht die Meldung, die bayerische Regierung sei nach Ablehnung des Reichlichen Ausschusses zur Arbeitslosenversicherung durch den Reichsrat mit der Reichsregierung in Verhandlungen wegen Schaffung einer Reichsarbeitslosenversicherung eingetreten. Der Münchener Vertreter der Täglichen Rundschau äußert an zuständiger Stelle, daß diese Bittermeldung nicht den Tatsachen entspricht. — Wer hätte wohl auch eine solche Hoffnung gehabt?

„Soweit mußte es kommen.“ Diesen Klageruf stoßen die alldeutschen Berliner Neuesten Nachrichten aus im Hinblick auf die Tatsache, daß der Bogesenklub in Maribrod im Elsaß auf einem Festbankett „Heil dir im Siegerkranz“ und „Die Wacht am Rhein“ gelungen haben. Nach Ansicht des alldeutschen Blattes soll dies eine absichtliche Demonstration, natürlich eine deutsch-feindliche, gewesen sein. Das Blatt bemerkt hierzu: „Das ist der Gipfel! „Heil dir im Siegerkranz“ und „Die Wacht am Rhein“ als „absichtliche Demonstration“ und „vorkantische Taktlosigkeit“ in einer Stadt des deutschen Reichslandes! Diese naive Unerschämtheit ist hierherdings nicht zu übertreffen. Herr v. Dastwig wird in seinem neuen Wirkungskreis sehr, sehr, viele Sünden aus vergangener Zeit gutzumachen haben.“

Albanien

Dem Aufstande in Albanien wird gemeldet, daß Prenk Bib Doda siegreich vordringen soll. Die Rebellen ersuchten in einem Schreiben um Einleitung neuer Friedensverhandlungen, die wegen Fehlschlag der Vertreter einiger aufständischer Ortschaften nicht begonnen werden konnten. Die Rebellen baten jedoch um Entsendung von Delegierten des Fürsten, sowie des Vertreters Englands, da sie zu diesem Vertrauen hätten. Sie würden aber eventuell von der Regierung ernannte Unterhändler, zu denen sie kein Vertrauen hegten, zurückweisen. — Die Wiener Postzeitung hat die weitere Anwerbung von Freiwilligen für Albanien verboten. Die Verfügung erfolgte auf Anordnung der Regierung, um Schwierigkeiten mit Italien zu vermeiden. Mit dem Freiwilligenkorps hätte man sowieso nichts ausrichten können. — Ueber die Lage in Nordalbanien bringt der Secolo folgende Schilderung: Die Stadt Balona ist jetzt gegen jeden etwaigen Angriff der Aufständischen wehrlos. Dieser Tage versammelte der Mutesaris 600 Mann, um den Rebellen entgegenzuziehen. Er konnte aber nur schlechte Elemente aufreiben, von denen viele wieder desertierten. Auf dem Marsch durch die türkischen Dörfer begingen sie die größten Ausschreitungen. Sie plünderten in der ärgsten Weise und schändeten viele Frauen. Beim ersten Zusammenstoß mit den Rebellen erlitt diese Truppe eine glatte Niederlage und verlor zwei Kanonen, die beiden letzten die Balona noch zu seiner Verfügung hatte. Nur ein Drittel der Freiwilligen konnte sich in Fieri halten, ist aber offenbar bereit, zu den Aufständischen überzugehen. Die anderen wurden auf dem Rückmarsch von den ausgeplünderten Bauern angegriffen. Man hat in Balona noch keine weiteren Nachrichten von ihnen.

Ärztetag

Die ostpreussischen Ärzte als Scharfmacher.

In München tagte in voriger Woche der 40. Ärztetag. Den breitesten Raum in den Verhandlungen nahm die Besprechung des vom Leipziger Verband geführten Kampfes

gegen die Krankenkassen ein. Nicht mit Unrecht konnte die Zeitung des Leipziger Verbandes das Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 als einen für die Ärzteschaft außerordentlich großen Erfolg bezeichnen. Es ging durch alle Reden der Unterton: das war aber nur eine Abschlagszahlung. Im Gegensatz zu den früheren heftigen Angriffen gegen die Regierung hielten die Führer der Bewegung es diesmal für angebracht, der Regierung gegenüber sanftere Töne anzuschlagen, damit sie auf in Zukunft die Interessen der Ärzte gegen die zwangsversicherten Arbeiter wahrnehme. Nur der Vertreter der ostpreussischen Ärzte, Dr. Stern-Königsberg, richtete einen Angriff auf die Regierung; auch brachte der Redner zum Ausdruck, daß den ostpreussischen Ärzten das Abkommen nicht weit genug gehe. Sie wollten also noch viel mehr auf Kosten der Krankenkassen heraus schlagen. Dr. Stern-Königsberg erklärte, er könne das Berliner Abkommen nicht so günstig beurteilen, wie es Hartmann getan habe, und wie es in der Sitzung des Leipziger Verbandes geschehen sei. Die ostpreussischen Kollegen stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß das Abkommen lebhaft zu bedauern sei. (Widerspruch und Zustimmung.) Der schwerste Fehler ist das unbedingte Vertrauen, das der Regierung in bezug auf die Durchführung der Beschlüsse geschenkt wird. Man muß doch bedenken, wie unbeständig die Regierungen sind, wie heute die Regierungen wechseln. In der preussischen Regierung gibt es doch Elemente, die außerordentlich ärztesfeindlich sind. (Unruhe.) — Vorsitzender Dr. Dippe (unterbrechend): Diesen Ausdruck muß ich zurückweisen. Man kann wohl sagen, daß sich Bestrebungen zeigen, die den Ärzten nicht sehr günstig sind, aber von einer ärztesfeindlichen Stellung darf man doch nicht sprechen. (Lebhafte Zustimmung.) — Dr. Stern (fortfahrend): Das Abkommen führt zu einer neuen Schwächung der ärztlichen Organisationen. Das ist der Anfang des Verfalls des Leipziger Verbandes. (Laute Dohorufe.) — Die Stimmung der Versammlung kennzeichnete am besten der stürmische Beifall, den Dr. Mugdan einheimste, und die einstimmige Annahme folgender, von Dr. Hecht-Wünchen gestellten, Antrages:

„Der Deutsche Ärztetag erachtet die Reichsregierung, die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung mögen dahin abgeändert werden, daß die Krankenkassenmitglieder für ärztliche Behandlung und Arzneien einen, wenn auch nur kleinen, prozentualen Beitrag jeweils selbst bezahlen müssen.“

Statt die Forderung zu stellen, daß das Reich die Lasten für die sogenannte Sozialversicherung selbst trägt oder die Ärzteversorgung verstaatlicht, verlangt also hier der Deutsche Ärztetag, es solle der bereits jetzt mit über 5 Prozent Reichseinkommensteuer für die Sozialversicherung belastete Arbeiter noch Ektbeiträge für den Fall zahlen, wenn er mal eine Leistung für seine Beiträge in Anspruch nimmt. Und die soll er gar dann zahlen, wenn er infolge Krankheit erwerbsunfähig ist. Es ist tief bedauerlich, daß der Ärztetag durch solches Verhalten Mißtrauen gegen Ärzte, unter denen eine große Zahl sozial denkt, infolge des Berufs sozial empfinden muß, enorm stärkt.

Wie eine Persiflage klingt es, daß derselbe Ärztetag, der so das Vertrauen zu den Ärzten abgräbt und leider dadurch tausende zu Kurpfuschern treibt, auf derselben Tagung einem scharfen Kampf gegen das Kurpfuschertum zustimmte. Auf der Tagesordnung wurde im übrigen im wesentlichen die Frage erörtert, ob ein besonderes Militärbeurlaubten-Ehrengericht eingerichtet sei und ob die Ausbildung der Helferinnen vom Roten Kreuz unentgeltlich sein soll. Nicht mit Unrecht wies ein Teil-

Das schlafende Heer

14 Roman von C. Viebig.

„Herr Restner, wir brauchen aber die Leute — alle Leute!“

„Ach was! Offener Aufruhr — was wollen Sie denn?“ Er zeigte auf des Inspektors blutrinne Schmarre. „Sie sind feige. Na, die haben Ihnen ja ordentlich eins ausgemittelt! Wäge vom Kopf runter geschlagen, und dann mit der Gabel gestochen — was? Und die Weiber waren natürlich die tollsten! Haha, konnte ich! Auf mich sind auch schon mal ein paar Ustafarinnen losgegangen — wegen 'ner Vappalle, loszulegen aus Uebermut — ich habe sie aber umgeritten, und nachher waren wir gut Freund. Wie die Kinder sind sie, wie die Kinder. Nicht wahr, Therese?“

Frau Restner nickte stumm. Sie ärgerte sich über den Inspektor.

Der Gutsberr hatte sich nach und nach beruhigt. „Keine Sorge, Hoppe, die Kerle laufen nicht fort — wohin sollen sie denn auch jetzt? Nur immer gedroht: Ruhe, sonst packholl! Ich brauche nur zur nächsten Behörde zu laufen, und — eins, zwei, drei — über die Grenze sind sie per Schub!“

Der Inspektor sah vor sich nieder: er ging noch nicht, es kämpfte noch in seinem Gesicht. „Wenn die Weiber wenigstens um halb acht aufhören dürften! Es sind Männer darunter von ganz kleinen Kindern. Und die Arbeit ist schwer!“

„Ueber Hoppe tun Sie mir den Gefallen.“ — verbrießlich hatte sich der Przborsowor an die Stirn — „kommen Sie mir nicht mit den Geschichten! Die Leute sind an Arbeit gewöhnt. Um acht Feierabend! Nicht früher! Sagen Sie ihnen das! Die Leute müssen eben ran, jede Minute ist kostbar!“

Schwerfällig wandte sich der Inspektor zur Tür.

„Sinn, amen Augenblick!“ Frau Restner hielt ihn noch zurück. „Wird der Abschlag morgen um drei statt um vier, nicht wahr?“

„Schon um drei?! Gnädige Frau.“ — er sah sie verzagt an — „dann müßten die Wägel ja schon um zwei in der Felde zur Stelle aufstehen!“

„Es muß unbedingt etwas zur ersten Früh-Veit zurecht kommen.“ Die alte Rade stieg ihr ins Gesicht, und der Ton, in dem sie jetzt sagte: „Um zwei nachmittags den Landauer mit den beiden Fächeln für mich!“ hatte nichts mehr von einer Bitte an sich.

Sie sah nach ihrem Manne hin: würde der den Inspektor nicht zurückschicken?

Hoppe hatte einen ungeschickten Abschiedsdienst gemacht, aber er blieb noch immer stehen wie angewurzelt. „Herr Restner,“ sagte er jetzt leise, aber es gitterte etwas in seiner Stimme. „Könnte die gnädige Frau nicht vielleicht an einem andern Tag fahren? Muß es grade morgen sein?! Die Gespanne haben dringend zu tun. Das Wetter droht umzuschlagen. Ich brauche alle Pferde — auch die Kutschpferde — sie müssen eben ran, jede Minute ist kostbar!“

Restner zögerte; der Einwand leuchtete ihm ein. Frau Therese sah's an seiner gerunzelten Stirn und dem verlegenen Blick. So mahnte sie schnell — der Schein brannte sie förmlich in der Tasche — „Morig, bedenke, Paul wartet!“ Und dann sagte sie mit einem verabschiedenden Reigen des Kopfes: „Ueberhaupt Feldarbeit ist viel zu schwer für die Fische, die müssen gelehrt werden!“

5. Kapitel.

Wie der Inspektor auf Przborsowo gefürchtet hatte, so war es bald danach eingetroffen. Das Wetter war völlig umgeschlagen. Regen hatte der Lokomobile den Atem ausgeblasen, tot stand sie unterm Schuppendach.

Landregen. Regen am Morgen, Regen am Mittag, Regen am Abend, Regen den ganzen Tag. Und Regen die ganze Nacht. Er trommelte nicht auf die Dächer im plötzlichen Guß, hari und heftig; nein, friedlich rauschte er, gleichmäßig sach wie stilles Meer, das an Inseln wäscht.

Alle Höfe sind spiegelnde Seen, die Ställe nur wotend zu erreichen; selbst der Herrenhäuser Treppentufen bis hoch hinauf bespült. Aus allen Dachrinnen gießen Bäche, schwimmenden Blumentellern gleichen die Rondelle der Gärten, tief geneigt, beschwert von den Himmelsfluten sind die Bäume des Parks. Von Rasse dampfen die Hüttchen der Komorniks, der Rauch der Schöte ist niedergedrückt von der schweren Luft, der Aker weich zum Versinken. Zähflammiges, mooriges Land sind Wege und Pfade, kein Vordrücken gib's für die Räder, feinen feinen Grund für den Fuß. Wasserfächer Regen über Stoppel- und Rübenfelder; fast ertrunken sind die Rehhühner und jungen Häschen, die Schuß gefruckt haben in den Furchen. Vastende, einschläfernde Regenmüdigkeit liegt über Anstiedlung und Dorf. Kein Ton erklingt auf den Feldern, kein Zuruf, kein Reitschennack; nur die Glocke im Turm von Pociosha-Dorf ruft.

Der Przborsowor stand am Fenster seines Studierzimmers und sah durchs Hofstor hinaus in die Wasserweite. Seine Ernte war drin, Gott sei Dank! Was die Scheuern nicht zu fassen vermocht, das stand draußen in den Schauern, geborgen unter frohohernem Schugdach. Und für die Rüben war

der Regen sogar sehr erwünscht, jämmerlich schlapp hatten die gehangen; jetzt aber standen sie aufgereckt, glänzend und frisch grün mit ihren erquidten Blättern. Seit den letzten drei Tagen sah man sie wachsen. Nur nicht zu lange durfte der Regen anhalten, ja nicht zu lange! Ob der Chwaliborzeyer auch alles drin hatte? Und der Niemczyer?!

Ein behagliches Lächeln glitt über Restners Gesicht: der Niemczyer sollte ja noch was draußen haben in Wandein — na, das konnte er wohl in den Schornstein schreiben! Nun zeigte es sich mal wieder, was bei dem früh Feierabendmachen herauskommt und auch, was ein Landwirt, der auf dem Plage ist, zu leisten imstande ist! Freilich, der da oben — er sandte einen Blick hinauf zum Himmel, der dicht und gleichfarbig wie ein Saft niederhing — der mußte seinen Segen dazu geben!

Noch kein Schieben in den Wolken?! Donnerwetter, da mußte sich aber doch bald der Ostwind aufmachen und klären, sonst kriegten die Rüben zuviel Wasser. Und die Kartoffeln, — sorgenvoll schaute der Landwirt auf einmal drein — an die durfte man gar nicht denken! Die faulten sicher! Ein Hundewetter war's, ein ganz miserables Hundewetter, zum Bergweifen!

Mit finsternem Blick ging Restner zur Stubentür, und dann auch zur Haustür hinaus und stapfte, trotz des strömenden Regens, mitten durch hochaufspritzende Pfützen zum Hofstor. Unter der tiefenden Wägel hielt er Umschau: trostlos, keine Beförderung zu hoffen! Niemczye ganz verhangen, nicht mal der Lysa Gora zu sehen! Auch gegen Chwaliborzeyer zu war alles grau. Na, die Garczynskis würden sich auch schön langweilen! Es war vielleicht ganz angebracht, heute nachmittag zu ihnen hinüber zu fahren — die Fische würden schon durchkommen. Was mochte der Pole wohl neulich bei der Kommission erreicht haben? Ob sie schon miteinander einig waren? — Wirklich, freundschaftlicher Besuch war noch die einzige Rettung bei dieser Sündflut! —

„Wie bei der Sündflut“, so dachte auch die Garczynska. Sie stand am Fenster und sah hinaus, umflorten Auges. Was sollte sie beginnen, womit sich die Zeit vertreiben?! Das Rauschen des Regens hatte ihren leisen Schlaf gestört, früher als sonst war sie aufgewacht. Sie hatte gefrühstückt, Stavira gespielt — o wie langweilig! — sie hatte sich etwas von Stavira erzählen lassen, dann im Missionsbuch der Redemptoristen-Patres gelesen, das Gorka ihr gebracht, auch im neuesten Sienkiewicz geblättert, den er ihr empfohlen — ach, auch „Quo vadis“ kannte sie heute. Draußen war eine Wasserwüste, und alle... öde öde.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen Elbing-Marienburg

Abwärts. Der 70jährige frühere Landwirt Albert Döh-ring wurde vom Schöffengericht in Elbing wegen Bettelns zu drei Wochen Haft verurteilt.

Maul- und Klauenseuche ohne Ende. Im Marienburger Kreise ist die Maul- und Klauenseuche noch festgestellt worden: in Thiergarten bei den Besitzern Bernhard Schmidt, Dorr und Kädtler aus Pölsige, in Thiergartenfeld bei dem Besitzer Dü-ring, in Markushof bei den Besitzern Mahlau und Geschwister Peiser, in Wengeln bei dem Besitzer Franz Penner, in Tralau bei den Gutsbesitzern Ehlers, Ernst Harber und Epp, in Warnau bei dem Gutsbesitzer Sprung und Besitzer Joh. Enß, in Altmünsterberg bei dem Gutsbesitzer Mierau, in Altrofen-gart bei den Besitzern Harms und Komig, in Grunau bei dem Besitzer Kempel, in Pr.-Königsdorf bei dem Besitzer Franzen, in Campenau bei dem Besitzer Schalbach, in Augustwalde bei dem Besitzer Gustav Hildebrandt, in Tiege bei den Besitzern Kaufsch, Rahn, Wiebe und Gastwirt Schmeichel, in Rüdenau bei dem Besitzer Hesse, in Matlenau bei den Besitzern Rob. Schrödter, Gustav Enß, Fischer und Gastwirt Fieguth, in Schönwiefe bei dem Gutsbesitzer Vieß, in Reichsfelde bei dem Besitzer Kempel, in Schadwalde bei den Besitzern Faust und Dorr, in Pr.-Rosengarth bei dem Besitzer Franz Fröse, in Schwandorf bei dem Besitzer Grunwald, in Wengelwalde bei dem Besitzer Otto Reimann, in Reichshorst bei dem Besitzer Gottschalk, in Kudud bei dem Besitzer August Pauls, in Hohen-walde bei dem Besitzer Scharein, in Elchwalde bei dem Guts-besitzer Max Schrödter, in Sommerau bei der Besitzerwitwe Großnick, in Kolheude bei dem Besitzer Fröse, in Fischau bei dem Besitzer Giebrecht und Mühlenbesitzer Heinrichs. Das sind wieder 43 Gehöfte in 28 Ortschaften. Die Lage wird immer trostloser.

Böswillige Brandstiftung soll die Ursache des Feuers sein, das in Eberswald am 10. Juni das Gehöft des Schmiedemeisters Hennig vernichtete. Wie die Elbinger Zeitung mitteilt, ist eine Untersuchung im Gange, die bereits zur Abhaltung eines Lokaltersins durch den Ersten Staatsanwalt aus Elbing ge-führt hat. Eine Verhaftung ist bisher noch nicht vorgenommen.

Eine Masernepidemie herrscht seit einigen Wochen in Jenzersvordertampen.

Auf freischer Tat bei einem Einbruch in der Speichergasse in Marienburg ertappt wurde der Arbeiter Ferdinand Timm. Bei der Hausdurchsuchung fand man außer Dietrichen und Revolvern ein ganzes Lager von gestohlenen Waren.

Im „Dämmerzustand“ hatte ein Besucher des Pferde-marktes in Neuteich ein Pferd des Besitzers L. Regehr mit nach

Haufe genommen. Der „Dämmernde“ glaubte, es sei sein Pferd. Am andern Morgen erkannte er seinen Irrtum und brachte den Gaul zurück. Dieser Pferdebiefstahf hat also seine Aufklärung gefunden. Muß der Frühlingshopper aber reichlich gewesen sein, wenn der gute Mann nicht einmal sein Pferd wiedererkannte.

Danzig-Land

Eine Gemeindevorstellung findet am 2. Juli nach-mittags 5 Uhr in Ohra statt. Die Tagesordnung lautet:

- 1. Anstellung einer 14. Lehrkraft an der katholischen Volksschule.
2. Krankenversicherung von Lehrpersonen.
3. Unterbringung des Bruno Lange in dem Krüppelheim.
4. Unterbringung des Felix Wessel in einer Idiotenanstalt.
5. Auffassung eines Trennstückes von dem Schulfelde Neu- welt an die evangelische Kirchengemeinde zur Erbauung eines Vereinshauses mit Turnhalle.
6. Wahl eines Vertreters in der Verwaltungsstreitfrage be-treffend die Ungültigkeitserklärung der Gemeindevahlen der III. Abteilung.

An dieser „meisterlichen“ stiftlichen Fassung sind wir un-schuldig. Gemeindevorsteher Lind besitzt das literarische Vater-recht daran. Da die Stkungen öffentlich sind, und man in ihnen mancherlei lernen kann, ist der Besuch der Gemeindeväter zu empfehlen.

Der Rehbock, der in dem Festungsgraben vor dem Peters-hagener Tor gefangen worden ist, wurde in Ohra Montag morgen versteigert. Ein Liebhaber erstand das Tier für 30 Mark.

Stuhm-Marienwerder

Diebe drangen nächtlich in Marienwerder in ein Papier-geschäft in der Marienburgerstraße ein und entwendeten einen großen Posten Waren, die gerade am Tage vorher aus der Fabrik eingetroffen waren.

Großfeuer. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag brach in dem Stall des Ackerbürgers Smolinski in Stuhm-Vorkloß Feuer aus. Das Wohnhaus und die mit Stroh ge-deckte Scheune wurden schnell von den Flammen erfaßt. Die Nachbargrundstücke des Ackerbürgers Neubauer und des Kauf-manns Nawrodt stammten ebenfalls auf. Das Feuer fand reichliche Nahrung, und ein mächtiger Feuerschein erhellte die Brandstelle und ihre Umgebung. Der größte Teil des Haus-gerätes des S. wurde gerettet. Der freiwilligen Feuerwehr ge-lang es, die in Brand geratenen Nachbargrundstücke zu retten. Frau Smolinski erlitt beim Retten Brandwunden an einem Arme. Der Feuerwehrmann Hauberg zog sich bei den Ret-tungsarbeiten gleichfalls Brandwunden zu.

Graudenz-Strasburg

Aus der Graudenz-Partei-Bewegung. In einer nur mäßig besuchten Versammlung referierte in Graudenz die Ge-nossin Reichert-Berlin, über das Thema: „Wohin steuern wir?“ Die Rednerin zeigte, wie das heutige politische Regiment das Proletariat in jeder Bewegung hindert und wie man Gewerk-schaften und Sportvereine zu politischen Organisationen stempelt. Ferner kritisierte die Genossin Reichert die bürgerliche

„Fürsorge“ für die Arbeiterjugend. Alle bürgerlichen Parteien sind einträchtig bemüht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Auch das Strafverfahren gegen Liebknecht zog die Referentin in den Kreis ihrer Betrachtungen. Das Verhältnis des Reichs-tages zum Bundesrat wurde den Zuhörern ausführlich dar-gelegt.

Das verpfändete Seitengewehr. Der Militärbäder Souer-mann vom Proviantamt in Graudenz stahl einem Kameraden die Taschenuhr und einem anderen 85 Mark. Das Geld ver-brachte er in einigen Anmierkneipen und machte obendrein noch 20 Mark Schulden. Als Sicherheit gab Souermann der Kellnerin sein Seitengewehr in Pfand. Dann wollte er Selbst-mord begehen, wurde aber verhaftet. Die gestohlene Uhr fand sich in Souermanns Spind. Das Kriegsgericht verurteilte den leichtsinnigen Soldaten zu acht Monaten Gefängnis und Ver-setzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Vier Schweine tötete ein Blizschlag, der in Niederelchen in den Stall des Besitzers Pahl fuhr. Das Gebäude erlitt keinen Schaden, da der Blitz nicht zündete.

Thorn-Kulm-Briesen

Der Füllkasten-Brunnen wurde am Sonntag auf den Rathaushofe in Thorn enthüllt. Der Entwurf des Brunnens stammt von dem Bildhauer Georg Wolff-Berlin. Die Her-stellung kostete zirka 6000 Mark.

Als Leiche wurde die Rentiere Selam Grünberg in Kulm in einem Teiche gefunden. Vor einigen Tagen ver-schwand die Frau aus ihrer Wohnung. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. Schwermut und hochgradige Nervosität sind die Ursachen der Tat.

Den Flammentod fand die 14 Jahre alte Tochter des Gastwirts Siachne in Bergwalde. Wohnhaus und Stall brannten ab. Es gelang nicht, die Tochter zu retten.

Deutsch Krone

In Jastrow kreibt ein Fahrradmarbler sein Unwesen. In kurzer Zeit sind drei Fahrräder gestohlen worden. In allen Fällen ist der Dieb unerkant entkommen.

König-Zuchel

Freigesprochen wurde von der Königer Strafkammer der Lehrer Fischer aus Lanken. Fischer sollte den Versuch gemacht haben, jemand zum Meitoid zu verleiten. F. hat seit einigen Wochen in Untersuchungshaft gesessen. Er wurde daraus ent-lassen.

Neustadt-Puhig-Karthaus

In Joppof wurde zum Gedächtnis der Flieger Venekty und Diefmann, die am 7. Februar 1913 vor Joppot in der Ostsee den Tod fanden, ein Gedenkstein gesetzt. An der Strand-promenade im Nordpark erhebt sich ein über zwei Meter hoher Granitblock. Vor ihm liegt ein mächtiger Anker.

25 Jahre politische Polizei in der Schweiz

Um Bismarck gefällig zu sein und seinen Zorn ob der Verhaftung seines Spizhels Wohlgemuth etwas zu besänftigen, legte vor 25 Jahren der schweizerische Bundesrat dem Rati-onartrat das sogenannte Gesetz über die Bundesanwaltschaft vor, das bestimmte revolutionäre Richtungen — die Anar-chisten mußten als schwarzer Mann, als „Bölkma“ herhalten — unter die ständige Aufsicht der politischen Polizei stellte und den Bundesanwalt mit ungeheuren Machtmitteln befr. Aus-weisung „lästiger Elemente“ versah.

Es ist ein trauriges Jubiläum, das die Schweiz begeht, wenn sie dieses Tages gedenkt. Möglich, daß sie schamhaft den Tag übersehen wird, denn doch dieses Gesetz von der damals noch sozialisteneinen Bundesversammlung einstimmig ange-nommen worden ist, bedeutet wirklich keine Ruhmestadt für das freieste Land der Erde, als welches die Schweiz sich so gern feiern läßt. Hat doch sogar Professor Dr. J. Schollenberger, der Herausgeber und Erklärer der schweizerischen Gesetzsamm-lungen in seinem Kommentar zur Bundesverfassung (Seite 482) dieses gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Ausnahme-gesetz rund heraus als gegen die Verfassung verstoßend er-klärt. Schollenberger sagt da:

„Die heutige ständige Bundesanwaltschaft ist unrecht-mäßig und ungewemäßig. Unrechtmäßig: sie ist verfassungswidrig, weil die Bundesverfassung von 1874 die Errichtung einer ständigen Bundesanwaltschaft hatte fallen lassen... DieWiedereinführung der Bundesanwaltschaft war eine Kon-zession an Deutschland... und war der Verfolgung von Sozialdemokraten zuliebe, nicht wegen Anarchisten oder gar solchen der Tat.“

In der Tat: Deutschland war der Urheber dieser Gesetzmacherei gewesen. Als anlässlich der schustigen Eypatriierungs-vorlage im Reichstage, die die Sozialdemokraten heimathus machen wollte, Genosse Singer das Treiben der Züricher Spizhel Schröder und Haupt enklarte und enthüllte, daß die preußische Polizei diese Spizhel besoldet und ihnen die Mittel zur Herausgabe eines anarchisistischen Blattes gegeben hatte, als Singer und Bebel sich hierbei auf das Zeugnis des Züricher Polizeihauptmanns Fischer berufen konnten, da antwortete Bismarck mit einem wüsten Geschimpfe auf — die Spizhel? O nein! Auf die Schweiz! Und der Bundesrat ließ sich

einschüchtern, desavouierte den Polizeihauptmann und forderte von den eidgenössischen Räten einen Kredit von 20 000 Frank für die Inflationierung einer bis dahin in der Schweiz unbe-kannten politischen Polizei! Und kurz darauf erließ er ein Rundschreiben an die Kantone, worin er sie aufforderte, überall den Spizheldienst zu organisieren — alles aus Angst, Bismarck und Puttkamer könnten ihre dumme Drohung wahr machen und Repressalien gegen die Schweiz einleiten. Und als gar Ostern 1889 der Bismarckische Polizeispizhel Wohlgemuth in Rheinfelden verhaftet wurde, der den Schneider Luz zum Halsunten hatte machen wollen, da kannte die Wut des Blut- und Eisenmenschen keine Grenzen: er forderte Genugtuung von der Schweiz und kündigte sogar den deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag. Der Bundesrat ließ sich erneut ein-schüchtern, wies den Schneider Luz, der nicht zum Spizhel hatte herabsinken wollen, aus der Schweiz aus und legte schnell der Bundesversammlung das Gesetz über die Bundesanwaltschaft vor, das die Ueberwachung der den Berlinern unbequemen Revolutionäre in ein System brachte. Es wurde angenommen, weil man den Räten weisgemacht hatte, es richtete sich gegen die Anarchisten. In Wahrheit aber meinte man die Sozialisten, was sogar Herbert Bismarck im November 1889 offen zugab, als er seiner Freude Ausdruck gab, daß „man“ die Schweiz „für den notwendigen, aber schweren Kampf gegen die um-stürzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie“ gewonnen habe.

Wie nun diese Institution im Dunkeln mit Durkel-männern wirkte, das kam erst 13 Jahre später, und zwar durch einen puhigen Zufall ans Licht: am 5. Oktober 1901 wurde der preußische Staatsangehörige W. Megehr betrunken in Nieder-dorfe Zürichs aufgegriffen und auf die Polizei gebracht. Man fand bei ihm anarchisistische Zeitungen, die Sammelliste 81 zur Gründung einer Monatschrift, welche freiheitlichen Ideen die-nen sollte, daneben einen Brief, aus dem hervorging, daß der Mann das unsaubere Gewerbe eines Polizeispizhels trieb. Das machte auch das kantonale Kommando auf ihn aufmerksam und es engagierte den Patron als Spion der eidgenössischen Fremdenpolizei. Als solcher hielt der Bursche in den Reihen der Anarchisten großmüßige agent-provocateur-Reden und wurde bald derart verdächtig und ließ derart in einen Sumpf blicken, daß Genosse Greulich im Kantonsrat beantragte, die Schweinerei der politischen Polizei zu untersuchen. Eine Kom-

mission wurde gewählt (12. Januar 1904) und es gehörten ihr untererleits neben Greulich noch Otto Lang an. Nach Einsichtnahme in einen Teil der Akten, die geradezu unge-heuerliche Skandalosa ergaben, beantragte sie u. a.: auszu-sprechen, daß fortan die Ueberwachung von Vereinen und Ver-sammlungen der Arbeiter unzulässig sei, daß Ausgewiesene oder Abgeschobene künftig nicht mehr der Polizei des Auslands in die Hände gespielt werden dürften, und daß jede Berwen-dung von Spizheln zu unterlassen sei. „Der Kantonsrat spricht im allgemeinen die Erwartung aus, daß die Polizei auf die Anwen-dung aller Mittel verzichte, die sich weder mit der per-sönlichen Ehrenhaftigkeit noch mit der Würde des Staates und seiner Organe vertragen.“ „Das Polizeikommando ist nicht berechtigt, von seiten fremder Konsulate Aufträge... entgegenzunehmen.“ „Das Kommando ist anzuhalten, keine Rech-nungen vollständig zu führen, das heißt es sollen daraus alle Ausgaben usw. ersichtlich sein.“

Geht schon daraus hervor, wie toll es die Spizhelwirtschaft getrieben hatte, so wirkten die Enthüllungen, die Greulich und Lang in der Sitzung vom 21. Februar 1905 bei der Beratung dieser Urträge im Kantonsrat machten, geradezu sensationell. Es wurde da aufgedeckt, daß das italienische Konsulat sich jahrelang herausgenommen hatte, die Züricher Polizei zu be-auftragen, Leute, die man als „Anarchisten“ bezeichnete, zu überwachen, wobei man sogar soweit ging, Schweizerbürger mit überwachen zu lassen! Das Konsulat unterhielt eigene Spizhel, die mit denen der einheimischen Polizei Hand in Hand arbeiteten, um ehrliche Leute ans Messer zu liefern. Auf Be-fehl der Bundesanwaltschaft, so enthüllte Greulich weiter, er-kundigten sich Polizisten bei den Hochschulprofessoren nach der Gesinnung gewisser „Verdächtiger“, die in der Arbeiterbewe-gung „eine Rolle spielen“. So zum Beispiel nach Fanny Imle und Ladislaus Gumpowicz, zwei harmlosen Schwarmgeistern. Spizhel mußten erforschen, wo soziale italienische Vereine be-standen, mußten feststellen, ob es „wahr sei, daß der Anarchist Reclus in die Schweiz kommen werde“, denn, so hieß es in dem Schreiben an die Polizeidirektionen, „er ist um so gefähr-licher, als er Kenntnisse in der Chemie besitzt.“ (!) Die Polizei und ihre „Privatpersonen“ staken mit Postbeamten unter einer Decke und berichteten genau, wann ein Ueberwachter und wo-her er Postsendungen erhaltet! Die Polizei besoldete Spizhel, und als sie merkte, daß Untersuchung nahle, vernichtete sie

9. Deutscher Gewerkschaftskongress

6. Verhandlungstag.

C. B. München, 27. Juni 1914.

Den Vorsth führt Leipart.

Das Referat über Arbeitslosenversicherung erstattet August Blinnig, Hamburg (Bauarbeiterverband), der zunächst einen historischen Überblick über die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung bis zur kapitalistischen Gegenwart gibt, ihre Wirkungen auf den einzelnen Haushalt und den Gesamtwirtschaftsstand schilbert und dann fortfährt: Die industrielle Revolution ist eine rascher und nachweisbar fortschreitende. Nach dem unvollkommenen Material, das die Wirtschaftlichkeit bietet, ergibt sich, daß eine Arbeitslosigkeit von auch nur 3% Prozent bereits 1907 über 400 000 Arbeitslose bedeutet haben würde. Die Arbeitslosigkeit ist in dauernder Auf nach planvoller Regelung der Produktion, nach sozialer Gestaltung des Wirtschaftsliebens. Letztendlich geht die Staatsgewalt an dem Stand der Arbeitslosen vorüber, ja sie verfolgt die die Arbeitslosen unterstützenden Gewerkschaften mit ungerechter Härte. Was da nicht der Augenblick kommen, wo die Arbeiterklasse ruft: Es ist genug! (Bewegung und Zustimmung.) Die deutschen Gewerkschaften sind für jede nur mögliche friedliche Reformarbeit. Aber sollen wir, wenn die Wirtschaftlichkeit in sozialen Fortschritt fehlt, unseren Mitgliedern sagen: Reibet euch, es geht nicht anders. Der Arbeiter von heute ist Staatsbürger und bewußter Träger der materiellen Kultur der Nation. Er fordert Recht für seine Leistungen an die Gesellschaft. Gegenüber dem Raubbau, der heute mit der menschlichen Energie getrieben wird, hat die Sozialpolitik den Zweck zu verfolgen, Wirtschaftsliebes zu treiben. Die Wirkungen der Arbeitslosigkeit können nur durch öffentliche Arbeitslosenversicherung abgemildert werden. Ein solches durch eine Reichsarbeitslosenversicherung, wobei aber nicht vorübergegangen werden kann an der Arbeit und Minderleistung der Gewerkschaften. Der Arbeiter gibt dann einen Überblick über die verschiedenen parlamentarischen Verhandlungen in der Frage der Arbeitslosenversicherung, von denen man vielfach den Eindruck habe, als würde man vor einem Trümmersfeld. Er geht besonders auf die Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten und dem Reichstag ein, wo die menschenfreundlichen Bestrebungen des parlamentarischen Trägers der Arbeit an dem Widerstand der Großkapitalisten und Junker scheiterten. Der Ruf nach einer richtigen Sozialpolitik muß leider immer wieder von uns erhoben werden. Dringend notwendig ist die unsere Arbeit um die Erhöhung der materiellen Kultur, weil von ihr die geistige Kultur abhängt. Millionen unserer Volksgenossen sind Goethe und Lessing, Brahms und Beethoven, Thoma und Klingens, wie den Weltkern der Menschheit. Sowie aber ein kultureller Fortschritt erzielt worden ist, verdanken wir ihn unserer eigenen Kraft. Durch unsere Kraft allein werden wir auch in der Frage der Arbeitslosenversicherung weiterkommen, die zusammen mit der Frage des Koalitionsrechtes die beiden Kardinalfragen des sozialen Reformwillens bilden. Der Gedanke der Arbeitslosenversicherung markiert und wird seine Bewirkung finden. Denn, ob auch Welle an Welle sich bricht, der Strom geht weiter. (Stürmischer Beifall) — Zu den Bemerkungen eines Diskussionsleiters über das Kölner Arbeitslosenversicherungssystem meint Leipart, daß das Kölner System als Rückversicherungssystem im Widerspruch zu dem Solidaritätsprinzip der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung stehe. In der Resolution, die einstimmig angenommen wurde, wird die Arbeitslosenversicherung als eine öffentliche Pflicht hingestellt, der sich der Staat nicht entziehen könne, weil die Arbeitslosigkeit als dauernde Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems dauernde Einrichtungen zu ihrer Bekämpfung, wie zur Abmilderung ihrer Wirkungen erfordere. Die Resolution sieht im Reich die besten Träger für eine solche öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung. Das bisherige Bestehen der öffentlichen Organe wird in der Resolution an die arbeiterfeindlichen Organisationen und Streunungen zurückgeführt, deren Wahrung sich Reich und Einzelstaaten genügt haben. — Es folgt ein Referat von Leipart über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Der Gewerkschaftskongress berät zum ersten Mal über die Tarifverträge, abgesehen davon, daß die Errungenschaft unserer Kämpfe sind. Alle Kämpfe, die uns die Bekämpfung „Streikverboten“ zugezogen haben, waren notwendig, weil wir die Tarifverträge überhaupt nicht gekannt. Auch der Widerstand der großindustriellen Unternehmer gegen den Abschluß von Tarifverträgen kann nur gebrochen werden, in dem wir unsere Kampfpläne fortsetzen. 1912 bestanden etwa 12 000 Tarifvereinbarheiten für etwa 100 000 Betriebe mit über 1 1/2 Millionen beschäftigten Personen. An der Spitze steht das graphische und das Buchgewerbe, an letzter Stelle die Textilindustrie und die Bergwerke. Der Tarifvertrag erstreckt sich in der Hauptsache auf die handwerklich-mäßigen Betriebe, selbst auch Großbetriebe, welche er abgegrenzt werden und bilden den Siegespreis unserer Kämpfe. Darum sind sie uns wert und wir werden sie auch gegen die Unternehmer und deren selbst täglich bereit, uns mit einer Beschäftigung einverstanden zu erklären, die zu



Die Studierenden Europas

(A. Zahl der Studierenden. B. Zahl der Universitäten)

	Deutschland	Frankreich	Osterr.-Ung.	England	Italien	Rußland	Spanien	Schweiz	Belgien
A:	49 000	32 000	30 000	25 000	24 000	23 000	12 000	6 500	5 000
B:	21	16	11	15	21	9	9	7	4

Die Studierenden Europas
Nach einer soeben veröffentlichten amtlichen Statistik beträgt die Zahl der Studierenden Europas an 125 Universitäten 229 000. Die größte Zahl an Studierenden der alma mater weist England auf; es unterrichtet mit seinen 21 Universitäten 49 000 Studierende. Frankreich, das bis dahin immer den ersten Rang hatte, muß sich im Jahre 1913/14 mit dem zweiten begnügen; dieses Land hat 32 000 Studierende und 16 Universitäten. Es kommen dann Österreich-Ungarn mit 11 Hochschulen und 30 000 Studierenden, England mit 15 und 25 000, Italien mit 21 und 24 000, Rußland mit 9 und 23 000, Spanien mit 9 und 12 000, die Schweiz mit 7 und 6 500, Belgien mit 4 und 5 000, Rumänien mit 2 und 3 000, Holland mit 5 Universitäten und 4 000 Studenten.

Ihrer Sicherung ja notwendig wäre. Der Tarifvertrag verpflichtet nicht nur die Organisation, sondern auch die einzelnen, die durch eine Teilnahme an einem aus Tarifbruch entstandenen Streik beweisen, daß sie für sich persönliche Vorteile erlangen wollen. Der Redner erörtert dann die Frage der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, die er entschieden verneint. Allerdings darf ein Tarif immer nur Minimalbestimmungen enthalten, so daß Abreden über höhere Löhne als sie der Tarif gewährt, ohne weiteres gestattet sind. Es empfiehlt sich aber, im Tarifvertrage alle Fälle der Abweichung von vornherein vorzusehen; dann entfallen alle rechtlichen Gründe, ihn für im ganzen abdingbar zu erklären. Der zweite Hauptpunkt betrifft die sogenannte Abzugsfrage. Die Gewerkschaften sind bereits für den Schaden, der infolge Tarifbruchs entfallen ist, haftbar gemacht worden. Der Tarifvertrag legt den Gewerkschaften die Pflicht auf, für ein tarifwidriges Verhalten ihrer Mitglieder zu haften, indem sie ihnen nicht nur die Unterstützung bei Streiks entziehen, die infolge Vertragsbruchs entstehen, sie müssen alle fahungsgemäßen Beugnisse anwenden, um ihre Mitglieder zur Erfüllung des Tarifvertrages anzuhalten. Selbst das äußerste Mittel des Ausschlusses. Eine zivilrechtliche Haftung der vertragstreuhaftenden Verbände ist zumeist ausgeschlossen. Eine vertraglich festgelegte beschränkte Haftung verlangen die Gewerkschaften. Demgegenüber ist zu sagen, daß die vertragliche Regelung der Haftungsfrage durchaus möglich ist, während ihre gesetzliche Regelung durchaus unmöglich ist. Auch in der Frage der Entscheidungsmacht und der Durchführung der Entscheidung reichen die vertraglich festgelegten Schiedsmöglichkeiten völlig aus. Also auch hier brauchen wir keine gesetzliche Regelung. Auch ohne Gesetz können unsere Statuten die Mitglieder zur Einhaltung von Tarifverträgen verpflichten, und es kann über all die Ausübung des Tarifvertrages an neuereintretende Arbeiter ausgemacht werden. Unter Ablehnung des Rufes nach gesetzlicher Regelung der Tarifverträge, die nach den bisherigen Vorschlägen ja geplant zu sein scheint, daß unser Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse geschwächt wird, empfiehlt der Referent, dessen Ausführungen mit lebhaftem Beifall begleitet werden, eine die Hauptgedanken des Referats zusammenfassende Resolution — Leipart sagt zum Schluß: Nach den Vorschlägen der Juristen soll die gesetzliche Regelung nicht zwingendes, sondern formgebendes Recht sein. Auch von dieser Befreiung hätten wir Grund zu Beschränkungen. Von der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge selber können wir nichts erwarten, sondern alles nur von der freien Entwicklung. Wir wünschen, weniger mit Staat und Gesetzgebung sein zu können, es ist nicht unsere Schuld, daß wir es nicht sind. Angesichts der Verfolgungen, denen wir ausgesetzt sind, haben wir alle daran zu denken, die Gewerkschaften zu kräftigen. Sie sind vorläufig noch der beste Schutz für die Errungenschaften des Tarifvertrages. (Lebhafter Beifall) — Darauf wird das Ergebnis der Wahl zur Generalkommission bekanntgegeben, das keine Veränderung in der Zusammensetzung der Generalkommission ergibt. — Es folgt ein Referat über: Der Einfluß der Lebensmittelpreise auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklassen, zu dem der Referent einen eine Resolution vorlegt, die angesichts der Gefahr, daß bei Abfall der bestehenden Handelsverträge das System der Schutzzölle noch weiter ausgebaut und dadurch für die arbeitenden Schichten in Deutschland eine weitere Verheerung des Lebensunterhaltes eintritt, die organisierte Arbeiterkraft auffordert, rechtzeitig und geschlossen sich an jeder Abwehrbewegung gegen ihre Lebenshaltung verteidigende Bestrebungen entscheiden zu beteiligen. Die Resolution verlangt besonders: Öffnung der Grenzen für den Verkehr ausländischen Viehes und Meeresfrüchte, Befreiung der Futtermittelzölle, Aufhebung des Systems der Einrückzölle und Ermäßigungen der Eisenbahnzölle. Sie verweist die Arbeiter auf die Selbsthilfe durch den konjunktionslosen Zusammenschluß und auf alle Angelegenheiten und Arbeiter auf, sich einheitlich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um dadurch jene Macht zu schaffen, die stark genug ist, um der maßlosen Verheerung der Lebenshaltung entgegenzuwirken, und über den Ausgleich zwischen Lebenshaltung und Löhnen hinaus eine absolute Besserung der Lebensbedingungen der nur auf ihre Arbeit angewiesenen Bevölkerung zu erringen. — Timm führt aus: Die kapitalistische Volkswirtschaftslehre ist fortgesetzt frampft hat bemüht, nachzuweisen, daß die Löhne höher liegen seien als die Lebensmittelpreise. Trotz aller Steigerung bewegten sich aber die Löhne großer Arbeiterklassen zumeist unter dem Existenzminimum. Unsere Aufgabe ist es, die Lebenshaltung zu verbessern, darum können wir nicht fortgesetzt nur um den Ausgleich der Löhne und der Preissteigerung kämpfen. Kein Material, das ich absichtlich nur aus bürgerlichen Volkswirtschaftlern und der auf amtlichem Material gefügten Statistik des Buchdruckerverbandes entnommen habe, beweist, daß die prozentuale Steigerung der Preise in den Jahren von 1896 bis 1913 viel stärker ist, als alle Lohnsteigerungen zusammen. Diese Steigerung betrug 22,1 Prozent. Da der Lebensmittelpreisanstieg bis zu 50 Prozent des Aufwandes der Arbeiterfamilie beträgt, wozu die Steigerung der Mietpreise kommt, so hat sich dieser Aufwand um vier Fünftel erhöht. Alle diese Umrechnungen kommen zu dem Schluß, daß der im Interesse der Erhaltung der Volkskraft dringend erforderliche Ausgleich nur bis zu einer gewissen Grenze durch Lohnsteigerungen möglich sein wird, und da auf die Leistungs- und Konsumenzfähigkeit anderer Gewerkschaften Rücksicht genommen werden muß, fortgesetzte Preissteigerungen aber zu Konsumenzminderungen führen, und daß daher eine grundsätzliche Veränderung unserer Volks- und Wirtschaftspolitik erforderlich ist. Nun verlangen die Agrarier beim Ablauf der Handelsverträge den höchsten Zolltarif und Aufrechterhaltung der Getreideeinheitspreise. Die uns im vorigen Jahre 47 Millionen kosteten. Angesichts dieser Summe kann man von uns nicht verlangen, neutral zu bleiben. Es wäre Selbstmord, wollten wir da etwa mit den Schutzparteiern zusammengehen, nur mit der deutschen Sozialdemokratie können die deutschen Gewerkschaften da zusammengehen. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Es gilt der Ausarbeitung und Ausprägung der deutschen Arbeiter entgegenzukommen. (Beifall) — Die Resolution wird einstimmig angenommen. — Dem Bureau des Kongresses ist eine Erklärung des Genossen Dr. Schulz zugegangen, von der Vorleser der Schilde die Parteipresse Kenntnis zu nehmen erlaubt. Dr. Schulz verweist sich insbesondere gegen die Ausführungen des Genossen Jauch, seine Methode riefte nach dem Reichsverband. — Die wenigen noch unerledigten Anträge werden teils zurückgezogen, teils der Generalkommission überwiesen. — Es folgt das Schlußwort Schüdes: Vor 24 Jahren wurde die Generalkommission eingesetzt, um die organisierte Arbeiterkraft in ihrer Aktion wirksam unterstützen zu können. Die Ereignisse haben gelehrt, daß wir nur durch Zusammenfassung in der Generalkommission erreicht haben, daß unser Kon-

gref sich, unbeschwert von kleinlichen Auseinandersetzungen, mit den großen Aufgaben der deutschen Gewerkschaften befassen könne. Fast alle Referate des Kongresses gestalteten sich zu Protesten gegen den arbeiterfeindlichen Mißbrauch der Gesetze und klangen aus in die Forderung gleichen Rechtes für uns. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß wir uns bei unserer positiven Arbeit in unseren Grundrechten nicht beschneiden lassen. (Lebhafter Zustimmung.) Ich weiß, daß mancher Genosse mit den gefassten Beschlüssen nicht übereinstimmt, hoffe aber trotzdem, daß auch unsere noch zweifelnden Genossen sich nach und nach mit der Situation abfinden werden. Den Arbeitern zum Schutz, den Unternehmern zum Trutz! (Lebhafter Beifall) — Mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung, in das die Delegierten begeistert einstimmten, und dem Ausdruck lebhaften Dankes für die Gastgeber, schließt der 6. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Kreditverhältnisse und Kriegsgefahr

Der Präsident der Reichsbank, Herr Havenstein, ist mit einem Vorschlage an die Großbanken herantretend, der bezweckt, die Liquidität der Banken zu heben. Unter Liquidität versteht man das Verhältnis zwischen den Zahlungsmitteln, die einer Bank sofort zur Verfügung stehen und den Zahlungsforderungen, die an sie herantreten können. Es handelt sich da um folgendes: Die Banken sind die Kassen der Geldkapitalien. Es stehen ihnen die Kapitalisten zu, die von den Eigentümern vorübergehend nicht im Produktions- oder Austauschprozesse gebraucht werden, außerdem aber auch Geldmittel, die streng wissenschaftlich genommen, nicht Kapital sind, wie z. B. die Ersparnisse des nicht kapitalistischen Publikums, der Beamten, Ärzte, Lehrer, Pfarrer und so weiter. Die Motive, die die einzelnen Geldbehalter veranlassen Geld bei den Banken einzuzahlen, sind verschiedenartig. Der Fabrikant, der Kaufmann, der Landwirt, der kapitalkräftige Handwerker zahlen Geld bei der Bank ein, weil sie gleichzeitig bei dieser Bank Kredit beanspruchen. Im kapitalistischen Betriebe fallen die Zeiten der Zahlungen und der Eingänge selten genau zusammen. Der Fabrikant hat Zahlungen zu leisten für Rohstoffe, Hilfsmittel, Maschinen, während seine Kundschaft erst später die produzierten Waren bezahlt; der Kaufmann kauft für große Summen Waren, die erst wieder verkauft werden sollen; der Landwirt hat fortlaufend Zahlungen zu leisten, während Einnahmen erst nach der Ernte erzielt werden. Indem also diese Geschäftsleute mit der Bank in Verbindung treten, haben sie die Möglichkeit dort Geld und andere Zahlungsmittel anzulegen, wenn sie ihrer nicht bedürfen und auf der anderen Seite eröffnet die Bank ihnen Kredit, wenn sie Zahlungen zu leisten haben. Das nicht eigentlich kapitalistische Publikum übergibt der Bank Geld, weil es damit der Sorge entzogen wird, diesen Schatz aufzubewahren. Die Bank verzinst dann das ihr anvertraute Geld, und läßt sich Zinsen zahlen für das ausgeliehene Geld. Aber es ist keineswegs gefagt, daß die Bank die ihr anvertrauten Gelder nun etwa in ihren Schatzkammern aufbewahren muß, in diesem Falle könnte sie ja keine Zinsen darauf zahlen, sondern müßte im Gegenteil von den Eigentümern Zahlung fordern für die Aufbewahrung und die Buchführung. Viel mehr verfügt die Bank über dieses fremde Geld wie über ihr eigenes, macht damit Geschäfte mehr oder minder spekulativer Art. Bei der Frage der Liquidität handelt es sich nun darum: wenn alle Leute, die der Bank Geld anvertraut haben, dieses Geld plötzlich zurückverlangen würden, welche Mittel würden ihr zur Verfügung stehen, um sofort zu zahlen? Als solche Zahlungsmittel gilt nicht nur bares Geld, sondern es gelten dafür auch die Forderungen der Banken, die sofort realisierbar sind, wie z. B. effiziente Wechsel, auf deren Einlösung durch die Schuldner bestimmt geteilt werden kann, ferner Schuldscheine des Staates und der Kommunen.

In England besteht eine Trennung zwischen Depositenbanken, das heißt solchen, die fremde Gelder verwalten (in Depot nehmen) und Kreditbanken. Den ersten sind nur ganz bestimmte Geschäfte gestattet, nämlich solche, bei denen auf einen raschen und sicheren Rückfluß des Kapitals zu rechnen ist. In Deutschland besteht diese Trennung nicht, sondern alle Banken nehmen Depots an, ohne dadurch in ihrer Geschäftsführung beengt zu werden. Dabei spielt aber die Spekulation bei den deutschen Banken eine recht beträchtliche Rolle. Das hat seine besonderen Gründe in der schnellen Entwicklung des deutschen Kapitalismus seit 1870: die Industrie, die sich in raschem Tempo entwickelte, brauchte viel mehr Kapital, als durch Anhäufung der Profite von Jahr zu Jahr entstand; die Banken griffen hier ein und beteiligten sich an der Gründung von Industriebetrieben. Das aber bedeutet erstens großes Risiko, zweitens bedeutet es Festlegung von Kapital für längere Zeit. Die Frage der Liquidität spielt also allerdings in Deutschland eine erhebliche Rolle. Solange der kapitalistische Produktionsprozeß normal verläuft, tritt wie die Erfahrung lehrt, im allgemeinen ein plötzliches Zurückfordern der den Banken anvertrauten Gelder nicht ein. Aber was geschieht, wenn einmal das ganze G-

fämliche Berichte ihrer Spiegel! In 31 Jahren hatte die Polizei Zürichs an Spiegel 2386 Frank gezahlt! Sogar über Druckfächer, die an Schweizerbürger gingen, wurde rapportiert. Und die Rapporte waren glänzende Proklamationen patriotischer Dummheit: So hatten sie im Januar 1899 die Bundesanwaltschaft in Bewegung gesetzt, weil die in der Schweiz wohnhaften Sozialisten beabsichtigen, in feindseliger Absicht an die Grenzen ihres Heimatlandes zu ziehen! Sogar ein Züricher Arzt wurde von Spiegeln überwacht — auf Wunsch der deutschen Polizei, der er mal un bequem geworden war! Einen anderen Züricher Bürger hatte die Polizei auf Wunsch der Deutschen regelung in Haft gesetzt, obwohl sie mußte, daß er alles eher denn Anarchist war! Usw. usw.

Diese Enthüllungen schlugen wie eine Bombe ins Pulverfaß. Die Bürgerlichen lachten an der Polizei zu setzen, was zu reden war, aber die Mehrheit des Kantonsrates konnte sich der Bemoßung der sozialdemokratischen Enthüllungen nicht verweigern und mit 84 gegen 48 Stimmen wurden obige Anträge der Kommission angenommen und dazu der Auftrag, daß der Kantonsrat erwarte, daß die Ungerechtigkeiten bei der Grenzpolizei sich nicht wiederholen.

Sahen Sie sich wirklich nicht wiederholt? Nun, die Auswühlungen der neuen Zeit, die Befreiung von Gewerkschaftsführern, die nichts weiter verdrängen konnten, als daß sie ihre Kameraden aufgefressen, geben auf diese Frage eine deutliche Antwort. Nur vorläufig ist man in Bern geworden — wie man ja auch in Berlin vorläufig geworden ist, seitdem der Vorwärts wiederholt Spiegel entlarvt hat. Wiederwille sind ja auch 19 Sozialdemokraten ins Bundeshaus eingezogen, 19 Kräfte, vor deren scharfen Augen man möglichst alles verstecken muß. Aber leider blieb in diesen 25 Jahren die Bundesanwaltschaft bestehen und es ist nur ein schwacher Trost für die Herrschenden von heute, wenn immer noch mehr ist, was Genüch damals erklären konnte:

Die ganze politische Polizei mit ihrer Schmach ist ein Bundes Schand, von oben aufgedrungen, Aufgedrungen ist Bern, deren Verhältnisse den Anarchismus ge-

hoffen wir daß nach abermals 25 Jahren die Sozialdemokratie auch der Zeitgeist stark genug sein werde, um mit dem mittelalterlichen Gerumpel der politischen Polizei und ihrer Juweliergeschwebe, der Spiegelwirtschaft, ein für allemal aufzukommen zu können!

triebe plötzlich ins Stocken gerät? Das kann eintreten im Kriegsfall. Dieser Gedanke also macht dem Herrn Präsidenten der Reichsbank Sorge. Besonders seit dem Jahre 1911, als die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich infolge der Marokkofrage aufwachte, die Selbstgenügsamer begann Geld von den Banken zurückzuziehen und in ihren Pängerschranken einzusperrten, sint er darauf, wie die Liquidität der Banken zu heben wäre. Er hat allerdings auch allen Grund dazu. Die Reichsbank ist ja das zentrale Kreditinstitut und der Präsident dieses Institutes hat über den Verkauf der Kreditbewegung zu wachen. Die Reichsbank steht im Verkehr vor allem mit den Privatbanken, die bei ihr Guthaben unterhalten und ihren Kredit in Anspruch nehmen. Auf der anderen Seite ist die Reichsbank dazu bestimmt, bei Finanzgeschäften des Reiches zu vermitteln. Im Kriegsfall würde selbstverständlich das Reich Unsummen brauchen, während andererseits die Reichsbank ihm nicht beistimmen könnte, weil die Banken, die von ihren Gläubigern bestürzt werden, ihre Guthaben zurückziehen und obendrein Kredit bei ihr beanspruchen würden.

Jetzt hat also Herr Havenstein seine Forderung dahin formuliert: die „Barreserven“ der Banken sollen so erhöht werden, daß sie mindestens 10 Prozent der sofort fälligen Forderungen betragen. — Das ist für die Banken eine etwas harte Nuß. Die Vossische Zeitung macht folgende Rechnung auf, die ziemlich stimmen dürfte: zieht man die sieben Großbanken in Betracht (Deutsche, Bergisch-Märkische, Disconto-Gesellschaft, Schaaffhausensche, National-, Commerz- und Disconto-, Mitteldeutsche Credit-Bank), so ergibt sich, daß sie im Durchschnitt der Zeit von Ende August 1913 bis Ende April 1914 jeweils 2329,9 Millionen Mark an Depostengeldern aufgenommen hatten; außerdem schuldeten sie in anderer Form ihren Gläubigern 2889,1 Millionen Mark; zusammen also sind es 5219 Millionen Mark, die in kurzer Frist von diesen Banken eingefordert werden könnten. Dem steht gegenüber an Bargeld und an sofort realisierbaren Forderungen (also an „Barreserven“) eine Summe von 265,7 Millionen Mark. Nach dem Projekt des Reichsbankpräsidenten mußte aber diese Barreserve 10 Prozent von 5219 Millionen, also 521,9 Millionen Mark ausmachen; das heißt die Banken wären dann genötigt, weitere 258,2 Millionen Mark bereit zu halten.

Die Frage ist, wie sie diese Summen beschaffen sollen. Die Antwort des Präsidenten Havenstein geht dahin, daß eben das Reservekapital der Banken in diesem Sinne zu behandeln ist. Die Banken sind nämlich nach allgemeinem Geschäftsbrauch und auch nach dem Gesetz verpflichtet, von ihren Profitten einen Teil an das Reservekapital abzuführen. Das hat den Sinn, daß diese „Reserve“ da sein soll, um gegebenen Falls Verluste zu decken. Dieses Reservekapital ist denn auch bei den Banken vorhanden, aber es ist keine „Barreserve“. Das Gesetz schreibt nämlich nichts darüber vor, was mit dem Reservekapital zu geschehen hat; die Banken können es damit halten, wie sie wollen. In ihrem Interesse ist es, daß auch dieses Kapital möglichst viel Profit abwirft, nicht brach liegt; deshalb verwenden sie es bei ihren Geschäftsoperationen genau so wie andere Bestandteile ihres Kapitals, d. h. dieses Reservekapital ist angelegt in Wertpapieren, oder in Beteiligungen an Industriebetrieben usw. Als Rückendeckung im Falle einer Panik, als Barreserve ist es nicht vorhanden.

Das Bestreben die Liquidität der Banken zu heben kann man im allgemeinen wohl billigen, weil dadurch der Kredit besser fundiert wird, aber ob eine solche Reserve von 10 Prozent der sofort fälligen Schulden der Banken für den Kriegsfall Bedeutung hat, erscheint recht fraglich. Wird Deutschland in einen europäischen Krieg verwickelt, dann kann man sicher sein, daß hier, wie übrigens in jedem europäischen Staate, der wirtschaftliche Zusammenbruch auf der ganzen Linie erfolgen würde. Ob in diesem Falle die Großbanken 265 oder 522 Millionen Mark an Zahlungsmitteln bereit halten, ist durchaus gleichgültig. Ein europäischer Krieg wäre, wie die Dinge heute liegen, eine soziale Katastrophe, bei der die ganze kapitalistische Wirtschaft außer Rand und Band kommt. Dem durch ein paar hundert Millionen Mark Barreserven entgegenwirken zu wollen, ist eine Naivität. Es erinnert an die Mücke aus dem rheinischen Sprichwort: sie sah, daß der Rhein niedrigen Wasserstand hatte, sprudelte hinein und sprach: jedes Bißchen hilft!

Noch eine andere Seite des Vorgehens des Herrn Havenstein ist von Interesse. — Wenn die Banken auf solche Weise Kapital in Reserve halten sollen, dann bedeutet das, daß ihre Profite zurückgehen, denn dieser Kapitalteil würde keinen Profit abwerfen. Daher geht ihnen das wider den Strich. Um sie zu zwingen, müßte man das Gesetz ändern. Auch ohne eine solche Änderung wäre es zu erreichen, durch einen Druck der Reichsbank. Die Banken sind nämlich auf das Zentralinstitut angewiesen; wenn dieses erklärt, es mache keine Geschäfte mit einer Bank, die keine angemessene Barreserve aufzuweisen hat, dann müssen die Banken sich fügen. Aber Herr Havenstein vermeidet es offenbar einen solchen Druck auszuüben. Die Börsenblätter berichten nämlich, daß die Frage der Barreserve in Verbindung mit dem Bankentartell behandelt wurde. Dieses Kartell bezweckt, die Bedingungen der Kreditgewährung zu „regulieren“, das heißt in letzter Linie den Kunden der Banken, der Industrie und dem Handel den Kredit zu verteuern. Also wird ein Geschäftchen gemacht: willigen die Banken ein, die Barreserve zu erhöhen, dann unterstützt die Reichsbank diese Bestrebungen des Bankentartells. Der von der Regierung ernannte Präsident des Zentralinstituts paktiert mit dem Privatkapital auf die Weise, daß seine Pläne in bezug auf die „Kriegsbereitschaft“ schließlich auf Kosten von Industrie und Handel gehen, nicht etwa auf Kosten der Großbanken. Besser kann die Uebermacht der Hochfinanz kaum illustriert werden.

Gerichtliches

— Mit sechs Wochen Arrest und Degradation wurde ein Unteroffizier eines Straßburger Infanterie-Regiments vom dortigen Kriegsgericht wegen Soldatenmißhandlung bestraft. Auf dem Wege vom Schießplatz zur Kaserne blieb ein Soldat, der mit noch einem anderen Soldaten den schweren Patronenkasten zu tragen hatte, zurück. Da der erstere Soldat

noch nicht ganz ausgeheilte Wunden an den Füßen hatte, konnte er nicht schnell genug gehen. Das packte dem Unteroffizier Dienern nicht und durch Tritte auf die verletzten Füße und Faustschläge auf den Rücken des armen Musketiers versuchte er, das Tempo zu beschleunigen. Der an sich schon durch seine wiederaufgebrochenen Wunden ermattete Soldat bekam dann noch vom Unteroffizier den Patronenkasten auf seinen Tornister mit Sandsäcken aufgeschraubt und mußte mit dieser Last Laufschriffe machen. Nach einigen Schritten brach er bewußtlos zusammen. Als der Verwundete dann auf dem Boden lag, wurde er von dem Unteroffizier noch mit Fußtritten mißhandelt. Einige Bauerleute erquickten den erschöpften Soldaten, so daß er nach einiger Zeit den Heimweg antreten konnte. Raun war aber der Unteroffizier mit dem Soldaten aus dem Gesichtsfeld der Bauern, singen die Mißhandlungen von neuem an. Das Kriegsgericht verurteilte den Soldatenführer zu obiger Strafe. Die vom Verurteilten eingelegte Berufung wurde vom Oberkriegsgericht verworfen. Das Oberkriegsgericht bedauerte selber, daß der Gerichtsherr keine Berufung eingelegt habe, sonst hätte es eine höhere Strafe verhängt.

Gewerkschaftliches

— Differenzen in der Maschinenfabrik Eßlingen. In der Maschinenfabrik Eßlingen drohen ernste Differenzen auszubringen. Da die Firma versucht, durch die Industriellen nachweise Arbeiter zu bekommen, sei auf die Differenzen verwiesen. Die Metallarbeiter allerorts werden ersucht, Arbeitsangebote von der Maschinenfabrik Eßlingen nicht zu berücksichtigen.

Soziales

— Der Fleischwucher steht gegenwärtig wohl in keiner Großstadt so in Blüte, wie im „liberal“ regierten Bremen. Trotzdem die Preise für Schlachtvieh in der letzten Zeit ganz erheblich zurückgegangen sind, stehen die Kleinhandelspreise noch auf dem Stande der Teuerungsjahre. Das zeigt recht deutlich eine Aufstellung des Statistischen Amtes. Hiernach wurde im April 1912 bezahlt für 1 Kilogramm Rindfleisch (Braten) 2,32 Mark, Suppenfleisch 1,78 Mark, Schweinefleisch 1,00—1,48 Mark, Schweinefleisch (Karbonade) 1,92 Mark. Im April d. Js. kosteten dieselben Fleischsorten: Rindfleisch (Braten) 2,50 Mark, Suppenfleisch 1,86 Mark, Schweinefleisch 0,96 bis 1,26 Mark, Schweinefleisch (Karbonade) 2,04 Mark. Dieses Mißverhältnis zwischen Vieh- und Fleischpreisen ist vor allem auf einen Kartellvertrag zurückzuführen, den die Bremer Schlachtereinnung mit den Viehkommissionären abgeschlossen hat. Nach diesem Vertrage haben sich die Schlachter verpflichtet, nur bei den angeschlossenen Kommissionären zu kaufen und bis zum Jahre 1920 keinen neuen Kommissionär zuzulassen, andererseits sind die Kommissionäre verpflichtet, an Außenfeiler, K o n s u m v e r e i n e u. s. w. kein Vieh zu verkaufen. Wiederholt haben sich unsere Genossen in der Bremischen Bürgererschaft bemüht, dieser systematischen Bewucherung der Fleischkonsumenten ein Ende zu machen, aber der Erfolg war bisher ein negativer. Seit drei Jahren steht die Frage des Viehvertrages auf der Tagesordnung der Schlachthofdeputation. Neuerdings wurde der Deputation von dem Zentralverband der Schweineversicherungsstellen für Bremen und Umgegend ein Denkschrift ausgestellt. Der Verband stimmte in einer Versammlung einer Resolution zu, wonach von der Deputation ein schleuniger Bericht darüber erwartet wird, wie die den freien Handel unterbindenden und das Gemeinwohl schädigenden Mißstände am zweckmäßigsten zu beseitigen sind. Im übrigen wurde in dieser Versammlung auf die Tatsache verwiesen, daß die Preise für fette Schweine in Bremen seit längerer Zeit einen Tiefstand erreicht haben, wie er seit Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. Am Donnerstag den 18. Juni, lauteten die Notierungen auf 48—56 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Man sieht, daß die Bremer Konsumenten alle Ursache haben, die Schlachtermesser auf die Finger zu klopfen.

— Behördlicher Kampf gegen die „Volksfürsorge“. In Baden führen die Verwaltungsbehörden den ihnen wahrscheinlich zur Pflicht gemachten Kleinkrieg gegen die „Volksfürsorge“, ganz preußisch. Das nachstehende vertrauliche Zirkular, das der Freiburger Volkswacht auf den Redaktionstisch flog, bestätigt dies. Es lautet:

„Großh. Bezirksamt Billingen.
Nr. 13 332.

Billingen, den 17. April 1914.

An die Bürgermeister des Bezirks.
Wir sehen einem alsbaldigen Bericht darüber entgegen, ob dortseits Wahrnehmungen gemacht wurden, oder sonst Anhaltspunkte dafür gegeben sind, daß die Volksfürsorge, Gewerksch.-Genossensch.-Verf., u. s. (Sitz Hamburg), im Bezirk Verbreitung findet, daß ihr insbesondere auch Staats- oder Gemeindebeamte als Beschickerte angehören.
S. W. Schindler.

Das Rundschreiben datiert vom April; inzwischen hat längst die gefürchtete Volksfürsorge ihren segensreichen Einzug in den badischen Schwarzwald gehalten.

Aus der Partei

— Totenliste der Partei. In Hamburg starb am Donnerstag der Genosse Hugo Kober im 51. Lebensjahre. Der Verstorbene hatte seit 1896 das Amt eines Gauvorstehers des Hamburger Bauarbeiterverbandes inne. Die Genossen des l. medienburgischen Reichstagswahlkreises hatten ihn zum Reichstagskandidaten erkoren. Er war allezeit ein Pionier im Kampfe um die Befreiung der Arbeit.

Bermischtes

— Um den Kopf eines Menschen. Die Barbarei der Todesstrafe zeigt sich recht kraß in einem Fall, der die Gerichte Düsseldorf nun schon seit beinahe dreiviertel Jahren beschäftigt und kürzlich, statt endlich abzuschließen, erst wieder in ein neues

Stadium getreten ist. Am 27. November 1913 wurde vom dortigen Schwurgericht der 19 Jahre alte Arbeiter Paul Fassbender aus Neuh wegen Raubmordes zum Tode verurteilt. Er hatte den gleichalterigen Arbeiter Peter Dorsten auf ein Feld gelockt, seiner Burschaft beraubt und dabei erschossen. Eine wesentliche Rolle spielte hierbei die Angabe des Fassbender, er habe aus Notwehr gehandelt, da er von Dorsten wegen eines ihm gemachten unbilligen Antrages — der dem Fassbender wieder nur das Geld des Dorsten verschaffen sollte — angegriffen worden sei, und habe dazu auch eine Flasche benutzt, die direkt neben dem Erschossenen aufgefunden worden war. Das zu glauben, dazu kamen die Geschworenen besonders deshalb nicht, weil ein Zeuge bekundete, die betreffende Flasche wäre erst nachträglich von einem Ackerknecht hingeworfen worden, und zwar in dem Moment, als er während des Erntens auf die verwesene Leiche des Dorsten gestossen sei: er habe daraus getrunken und sie nun vor Etel hingeworfen. Dieser Ackerknecht konnte damals nicht aufgefunden werden. Der Verteidiger des Verurteilten wurde aber bald danach seiner habhaft, und nun gab er überraschenderweise an, er habe damals weder eine Flasche gehabt, noch eine hingeworfen. Das benutzte nun der Verteidiger dazu, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen. Das Landgericht schickte jedoch diesen Antrag ab, und so ging er an das Oberlandesgericht. Hier bewertete man denn auch die Sache ganz anders und verwies sie zur erneuten Prüfung an das Landgericht zur ü. c. Indes ließ sich diese Instanz auch diesmal nicht darauf ein, und so wandte sich der Verteidiger abermals an das Oberlandesgericht. Vor ihm schwebt nun gegenwärtig noch die Entscheidung über das Wiederaufnahmeverfahren, — mit welchem Erfolg, das bleibt abzuwarten. Sonach sind volle sieben Monate seit der Urteilsfällung hingegangen, und volle sieben Monate, Tag um Tag, Stunde um Stunde, muß ein junger Mensch — mag er auch noch so roh sein — die Grausamkeit empfinden, jeden Augenblick zum Schafott geführt zu werden. Die Sprache hat nicht genug Worte, um auszudrücken, was alles das bedeutet. Dagegen ist ja die Strafe selbst noch etwas Leichteres! Wenn die bürgerliche Gesellschaft glaubt, nicht ohne die Todesstrafe auszukommen, so mag sie das mit sich und ihrem „Kulturniveau“ ausmachen. Auf keinen Fall aber kann sie es verantworten, daß ein Mensch solch furchtbare Qualen erdulden muß.

— Der Berliner Waldankauf endgültig beschlossen. Die Berliner Stadtverordneten stimmten am Mittwoch endgültig dem Vertrage mit dem Fiskus über den großen Waldankauf zu. Stadtverordneter Heimann-Berlin begründet den Standpunkt der sozialdemokratischen Delegierten, die nicht in der Lage seien, dem Vertrage zuzustimmen, weil er ein ganz unannehmbares Geschenk an den Fiskus darstelle. Wenn die Mitglieder des Zweckverbandes dem Fiskus gegenüber mehr Rückgrat gezeigt hätten, wäre der Preis nicht auf 50 Millionen Mark festgesetzt worden. Stadtverordneter Rosenow-Berlin bedauert, daß der Zweckverband auch den Grunewald erwerben muß, obwohl eine Kabinettsorder vorliege, die seine bauernde Erhaltung festlege. — Der Berichterstatter des Verbandsausschusses, Justizrat Sonnensfeld, empfahl dann, den Kaufvertrag en bloc anzunehmen. Nur eine Forderung des Verkäufers müsse der Zweckverband ablehnen, nämlich die, daß die Militärverwaltung jetzt auch noch im Stoßer Forst bei Klein-Glienide einen Schießplatz für alle Zeiten erhalten wissen wolle. — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschloß der Zweckverband hierauf den Ankauf der Groß-Berliner Wälder auf Grund des vorgelegten Vertrages mit der einen von Justizrat Sonnensfeld begründeten Einschränkung. Die Uebernahme der Wälder erfolgt am 1. April 1915.

— Eine Bauernrebellion. In dem rein katholischen Dorf Blagheim, Kreis Bergheim, herrscht schon seit einigen Wochen infolge von Kirchenstreitigkeiten, die durch die Absetzung eines Pfarrers veranlaßt wurden, der Belagerungsstand. Es kam zu heftigen Kundgebungen gegen Mitglieder des Kirchenvorstandes, sogar zu Brandstiftungen, Einwerfen von Fenstern usw., bis schließlich ein größeres Gendarmier-aufgebot dauernd ins Dorf verlegt wurde, um die erregte Bevölkerung in Schach zu halten. Dennoch kam es, als der Kölner Weihbischof Müller zur Firmung nach Bl. kam, zu lebhaften Standaßgenen. Man begrüßte ihn mit Pfeifen und Johlen, und beugte sich nicht zum üblichen Segensempfang, und nur 23 Personen folgten ihm in die Kirche, in der von 500 Firmungen nur etwa 30 erschienen waren. — In der Nacht vom Sonntag zum Montag haben sich recht bedenkliche Vorfälle ereignet. Aus dem Hinterhalt wurde auf einen Gendarmen und einen Polizeijergeanten scharf geschossen. Während der Gendarm unverletzt blieb, wurde der Sergeant in die Brust geschossen und schwer verletzt. Die angestellten Ermittlungen nach dem Täter blieben erfolglos. Die liberale Presse schweigt sich selbstamerweise über alle diese Vorkommnisse vollständig aus.

— Hauptmann, Pfadfinderführer und Homosexueller. Der Hauptmann R. Braun, Führer der Chemnitzer Pfadfinder, wurde auf die Anzeige seines Burschen hin verhaftet und ins Militärgerichtsgefängnis überführt. Es handelt sich um Vergehen gegen § 175 des Reichsstrafgesetzbuchs. Der als — sagen wir schneidig — geschilderte Offizier stammte vom 105. Regiment und war bis zu seiner Verlegung nach Chemnitz Führer einer Maschinengewehrkompanie in Straßburg, lange Zeit auch Erzieher im Kadettenhaus zu Dresden. In Chemnitz war er bekannt als Führer der nationalen Jugendbewegung. Inzwischen ist der Hauptmann ins Garnisonlazarett Dresden zur Beobachtung seines Geisteszustandes überführt worden.

— Ein waschechter Hausagratiar. Das Mustereemplar eines Hauspapas ist ein Hausbesitzer in Grünberg i. Schl., von dem unser Görtlicher Parteiblatt folgendes zu melden weiß: „Bei einem Hauswirt und Rentier in der Bismarckstraße wohnte seit Jahren eine ältere Frau. Eines Tages zog der Wirt die Frau in ein Gespräch, ob sie auch, nachdem sie schon so lange hier wohne, in dem Hause sterben wolle, was die Frau auch bejahte. Der Hausagratiar verstand es nun, der Frau pfaulibel zu machen, daß dann aber für Abnungung der Treppe, auch durch das Hinunter-schaffen des Sarges könnte dieselbe beschädigt werden, 50 Mark zu zahlen seien. Das Geld sollte nach dem Ableben der Frau zahlbar sein. Die Frau ließ sich auch verleiten, um Ruhe zu haben, einen Schußschein

auf genannte Summe zu unterschreiben. Die Frau des Wirtes, die Kenntnis von dem Schuldsein hatte, verstand es, den Betrag schon jetzt einzukassieren. Die Mieterin ist nun wegen irgendwelcher Umstände trotzdem ausgezogen. Sie will nun versuchen, den Betrag wiederzuerlangen. Bei demselben Hauswirt wohnt auch ein kinderloses junges Ehepaar. Die Frau befindet sich in anderen Umständen und das hat den Hauswirt so in Harnisch gebracht, daß er, ohne zu klagen, die Wohnung in der Zeitung anbot. Da er sonst zu den gefährlichsten Patrioten zu zählen ist, scheint er doch vom dem Programm, den Geburtenrückgang zu steuern, nichts wissen zu wollen. Der Mann verdiente die Ehrenmitgliedschaft im Bunde der Haus- und Grundbesitzervereine.

— **Erfolge drahtloser Telephonie.** Versuche mit drahtloser Telephonie wurden am Donnerstag in der Umgegend von Paris vorgenommen. Die Kompanie für Radiotelegraphie hatte sich in ihrem Pariser Bureau mit einem fahrbaren Posten in Voives, 105 Kilometer von Paris entfernt, drahtlos in Verbindung setzen lassen. Die Anwesenden hörten mit größter Deutlichkeit und Klarheit die langen Berichte, die in Voives mit leiser Stimme in den Apparat gesprochen wurden. Ein noch weiter entfernter Posten in Meulan, 200 Kilometer von Paris entfernt, konnte die drahtlosen Wellen gleichfalls auffangen und verstehen.

— **Tarantelstich.** Ein sinnreiches Verfahren, die scheue Tarantel aus ihrer Erdhöhle hervorzuholen, benutzte der berühmte Insektenforscher Fabre, der diese Wolfsspinnen zu wissenschaftlichen Untersuchungen brauchte. Er steckte eine lebende Hummel in ein Gefäßchen mit weitem Hals, das er nun über das Eingangsloch zur Erdhöhle, in der die Tarantel haust, hält. Bald bemerkt die wild summende Hummel den Schacht und geht in die Höhle hinein. Sie soll ihre Unvorsichtigkeit mit dem Leben bezahlen: Während sie hinabsteigt, kommt ihr von unten die Tarantel entgegen, ein mildes Säusen und Brummen dringt plötzlich an das Ohr des Forschers, dann wird's still. Jetzt nimmt Fabre das Gefäßchen weg, packt mit einem langen Greifzangen die tote Hummel und zieht sie mit schlaffen Beinen und herausgestrecktem Saugrüssel heraus und mit ihr die siegestrunkenen Tarantel; mit einem einzigen Schlag ihres Giftbafens hat sie ihren Gegner getötet. Ein Stein verschließt jetzt rasch den Eingang zur Höhle, der Tarantel ist damit der Rückzug abgebrochen.

Aus aller Welt

— **Selbstmord eines Kindes.** In Altemburg bei Dresden verübte ein zwölfjähriges Mädchen wegen Diebstahls von Rabatmarken Selbstmord. Sie hatte einige Marken entwendet und wurde darauf von einem Gendarmen einem eingehenden Verhör unterzogen. Auch eine Schulstrafe wurde ihm angedroht. Das Kind sprang aus Furcht vor der ihm drohenden Strafe in den Ortsteich und ertrank.

— **Explosion auf einem Panzerkreuzer.** Man berichtet aus Toulon: An Bord des Panzerkreuzers „Ernest Renan“ erlitten infolge der Explosion eines Kesselrohrs vier Obermaat schwere Brandwunden.

— **Eine halbe Million Defizit bei der Leipziger Bau- und Ausstellung.** Wie nunmehr feststeht, schließt die vorjährige internationale Bau- und Ausstellung in Leipzig mit einem Defizit von 553 000 Mk. ab. Die bedeutenden Mehrkosten sind dadurch entstanden, daß die Bauten, da sie auch den Zwecken der Bauraub dienen sollten, dauerhafter hergestellt werden mußten. Die Baukosten wurden dadurch um eine Million Mark überschritten. Allerdings hat die Bauraub für die Uebernahme der Halle 800 000 Mk. gezahlt.

— **Feuer im Schiff.** Sonnabend vormittag verbrannte bei der kleinen Stadt Marinsk der Dampfer Mariska der Wolga-Schiffahrtsgesellschaft. Er war nach Nishni Nowgorod bestimmt. Auch Menschen sind verbrannt.

— **Selbstmord eines Bankdefraudanten.** In einem Abteil zweiter Klasse des Hamburger Schnellzuges erschoss sich der 26jährige Kaufmann Karl Henze aus Eßnerwerda. Er hatte bei der Fikale der Berliner Bank Frohlich u. Kunze in Manila 25 000 Mark unterschlagen und war nach Europa geflüchtet.

— **Automobilunfall.** In Eisfeld bei Coburg fiel ein Automobil einen Abhang hinunter. Vierzehn Personen wurden verletzt.

— **Geständnis zweier Mörder.** In einem Felde bei Höntrup in der Nähe von Bochum wurde vor einigen Tagen die Leiche des Bergmanns Bodmann aus Höntrup gefunden. Jetzt haben einem Privat-Telegramm zufolge die Bergleute, die Bruder Stefan und Theodor Burmann, eingestanden, Bodmann mit dessen Frau einer der Brüder in Beziehungen stand, erzwungen zu haben. Die Verhafteten werden außerdem beschuldigt, den 26jährigen Gnecht Friedrich Finkeldin aus Rautenfeld am 9. Januar d. J. überfallen und durch Besondere Schüsse tödlich verletzt zu haben. Wie man annimmt, schleppt er ihn dann auf einen Bahndamm, wo er am Morgen des nächsten Tages schrecklich verstümmelt als Leiche aufgefunden wurde.

— **Das Schiff auf Klippen.** Aus London wird gemeldet: Der Dampfer „California“ ist auf der Rückfahrt von Newcastle an der Küste Irlands auf den Klippen der Insel Derm im Nebel gestrandet und am Bug schwer beschädigt worden. Die Zahl der an Bord befindlichen Passagiere ist nicht bekannt. Der Dampfer erbat funktentelegraphisch Hilfe. Drei Kanonenboote sind an die Unglücksstelle abgegangen.

— **Ein Erdstöß in Leipzig.** Kurz vor 3 Uhr früh wurde Freitag ein heftiges Erdbeben von starkem unterirdischen Donnern begleitet, wahrgenommen. Die Fenster klirrten, Möbel wurden von der Stelle gerückt und die Bewohner aus dem Schlafe aufgeweckt. — Nach Auskunft der Erdbebenwarte handelt es sich bei dem Erdbeben um ein Nahbeben. Auch in Leipzig wurden zwei kurze, wahrnehmbare Erdstöße, von unterirdischem Rollen begleitet, verspürt.

— **Aus der besten der Welten.** Einen Beitrag zu der Flottenrüstung unseres „herrlichen“ Vaterlandes liefern die Selbstmordversuche zweier Mädchen in Berlin, über die der

Polizeibericht nachfolgendes mitteilt: Kurz nach 8 Uhr sahen am Dienstag Passanten, daß zwei junge Mädchen, die an der Schloßbrücke längere Zeit planlos umhergeirrt waren, sich über das Geländer der Brücke schwingen und in die Fluten des Verbindungskanals stürzten. Glücklicherweise waren einige Schiffer in der Nähe, die mit Haken und Stangen die beiden Mädchen, die bereits das Bewußtsein verloren hatten, ans Ufer bringen konnten. Die Lebensmüden erhielten auf der Rettungsboote am Spittelmarkt die nötige Hilfe und wurden nach dem Krankenhaus am Friedrichswald übergeführt.

Die beiden Mädchen, die keine Verwandten besitzen, hatten sich vor einem Jahre auf einer Arbeitsstelle kennen gelernt und hatten, um die Unterhaltungskosten zu verringern, eine gemeinschaftliche Wohnung, aus einem Zimmer und einer Küche bestehend, gemietet. Sie verloren vor einigen Monaten jedoch ihre Stellung und nun hing ihr Elend an. Wohin sie sich auch wendeten, nirgends fanden sie Stellung, besonders die jüngere, die an einem Lungenleiden krank, wurde überall abgewiesen. So gut sie es vermochten, fristeten die beiden Freundinnen ein Hungerdasein, und mehr als einmal waren sie tagelang ohne Nahrung. Zuletzt wurde ihnen auch die Wohnung gekündigt, da die Mädchen schon in mangelhafter mit der Miete im Rückstand geblieben waren, und nur beschloßen beide, da sie keinen Ausweg mehr sahen, aus dem Leben zu scheiden. Drei Tage irrten sie in den Straßen umher, da ihnen der Mut zu diesem letzten verzweifelten Schritte fehlte. Dann aber, als sie sich vor Hunger nicht mehr weiter zu schleppen vermochten, stürzten sich beide an der Schloßbrücke ins Wasser, um ihren Leiden ein Ende zu machen. Beide wurden im Krankenhaus zunächst gepflegt und, da bei ihnen ein bedeutlicher Kräfteverfall eingetreten war, in einer Station untergebracht.

— **Feuer im Docks.** In den Importlagerhäusern der königlichen Docks in Grimsby brach Freitag morgens ein großes Feuer aus, wodurch sechsstöckige Lagerhäuser, die ein Areal von einem halben Morgen bedeckten, und in denen Getreide, Wolle und Eier waren, vollständig zerstört wurden. Der Schaden wird auf über 50 000 Pfund geschätzt. Mittags war das Feuer noch nicht gelöscht.

— **Der Riesenbrand in Salem (Massachusetts).** Vom Freitag wird gemeldet: Die halbe Stadt ist verpulvert. Das Feuer wütet noch, doch glaubt man, seiner Herr zu werden. Der Schaden wird auf 20 Millionen Dollar geschätzt. 10 000 Menschen sind obdachlos. In der Malonstraße explodierten Delfants und zerstörten 13 Häuser, 50 Personen wurden ins Hospital gebracht. Das Waisenhaus und ein Hospital sind zerstört. Die Insassen wurden in Sicherheit gebracht.

— **Bei einer Notlandung in der Nähe von Kiel stürzte Freitag abend ein Militärflugzeug ab und ging vollständig in Trümmer. Dabei erlitt der bekannte Fliegerleutnant von Bayl eine Schädelverletzung und ein zweiter Offizier, Leutnant Diecke eine leichtere Gehirnerschütterung.**

— **Großes Erdbeben.** Dieser Tage verzeichnete die Erdbebenwarte in Tugenheim ein starkes Fernbeben. Eine Meldung aus Batavia vom Freitag besagt: Ein heftiges Erdbeben hat auf Sumatra großen Schaden angerichtet. Alle Telegraphenlinien sind beschädigt worden. Ein Unterseeabel ist gebrochen. Viele Häuser, auch Regierungsgebäude, sind eingestürzt. Zahlreiche Menschen sind der Katastrophe zum Opfer gefallen. — Nach amtlichen Meldungen aus Sumatra hat das Erdbeben nachts stattgefunden. In der Stadt Bencölen sind bisher elf Tote und mehrere Verwundete geborgen worden. Die Europäer sind unverletzt, ihre Häuser sind aber zum großen Teil unbewohnbar geworden.

— **Ein feiner „Sitten“ Schutzmänn.** In Hamburg wurde der Kriminalschutzmänn Höjgen verhaftet, der der Sittenpolizei zugeteilt war. Es werden ihm verschiedene Fälle von Bestechung zur Last gelegt. Weiter wird er beschuldigt, mit einer Dirne, die er verhaften sollte, sich eingelassen zu haben, auch soll er von einer Pensionsinhaberin, die junge Mädchen verkuppelte, Geld genommen haben.

— **200 000 Mark unterschlagen.** Der Ostbalt-Beamte Oelsner in Polen schädigte zahlreiche Geschäftsleute, die er verleitete, Finanzgeschäfte mit ihm zu machen, durch verfehlte Banktransaktionen zulassen mit etwa 200 000 Mark. Wie es heißt, flüchtete er nach Amerika. Die Verfolgung ist eingestellt worden.

— **Im Spiel erschossen.** Eine Sängerin des Opernhauses, die vor einigen Tagen mit ihrer ältesten erkrankten Tochter nach Piemont abreiste, um dort einen mehrwöchigen Aufenthalt zu nehmen, ist von einem Schicksalsschlag getroffen worden. Der 14jährige Sohn und die 11jährige Tochter waren unter der Aufsicht des Hauspersonals in ihrer Wohnung in Charlottenburg zurückgeblieben. Die 11jährige Tochter wurde von dem 14jährigen Bruder im Spiele mit einem Revolver erschossen. Wie sich der Unglücksfall abspielte, weiß man nicht genau, da der Sohn, laut Bossischer Zeitung, jede Auskunft verweigert. Die Kugel traf das Mädchen in den Kopf. Es wurde sogleich nach einem Sanatorium überführt, wo man durch eine Operation das Leben des Kindes zu retten versuchte. Dies gelang leider nicht mehr, und das Mädchen erlag seiner schweren Verletzung.

weiche zarte, weiße Haut u. blendend schönen Teint erlangen u. erhalten will, wäscht sich nur mit der allein echten

Eine Dame

Steckenpferd- Seife

die beste Lillienmilchseife von Bergmann & Co., Radebeul, à Stück 50 Pfg. überall zu haben. Ferner macht Cream „Dada“ rote u. spröde Haut weiß und sammetweich. Tube 50 Pf.

1764

Kredit

und gegen Bar erhält jedermann

Anzüge

Paletots

Damen-Kostüme

Paletots
Röcke

Kinderwagen

Wanduhren
Bilder

Möbel

Betten in größter Auswahl
Polsterwaren

Anzahlung

nach Wunsch des Käufers, spielend leicht

Dagobert David Nachf.

nur Altstadt. Graben 11, zwischen Holzmarkt und Markthalle.

●●●●●●●●

Abholstellen der Volkswacht:

Expedition, Paradiesgasse 32,
Eugen Seilm. Schlüsselbaum 58,
Friseur Dittmer, Johannesgasse 37,
Süßerei Koblilla, Fleischergasse 81.

Langfuhr:

Ww. Stiemer, Eichenweg 14,
K. Knauer, Pöschdowskyweg 83,
Kaufmann Sielaff, Neuschottland 7,
Kaufmann W. Zöllner, Luisenstr. 1.

Buchhandl. Volkswacht,
Paradiesgasse 32.

Eibing

F. Kuhn, Wasserstr. Nr. 80,
empfiehlt sein Hut- und Mützensgeschäft.

Central-Theater

Eibing, nur Brückstr. 15

Neues Programm!

Darunter ein Hauptschlager und herrliche Dramen sowie Humoresken. Jedes Bild ein Schlager!

Die Direktion.

nehmer darauf hin, die Arbeit für das rote Kreuz sei ein Teil aus idealer Neigung, ein anderer aber aus Ordens- und Titelbedürfnis. Ein sozialer Einschlag war auf der Tagung nur bei der Behandlung des Hebammenwesens zu bemerken. Dort wurde von einer Reihe Ärzte widerspruchlos betont, daß die Klagen über den Geburtenrückgang solange nicht abgestellt werden können, als man nicht nachdrücklich für Pflege und Schutz aller Neugeborenen Sorge.

Danziger Nachrichten

Arbeiter, leht und verbreitet eure Volkswacht!

Ueber den unschätzbaren Wert einer Zeitung für die Ausbreitung und Vertiefung politischer Ueberzeugung braucht heute kein Wort mehr verloren werden. Ein besonderes aber kommt für Danzig hinzu: die Gehässigkeit der bürgerlichen Presse gegen alles, was mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt. Daß die Parteiorgane unserer Gegner uns mehr oder weniger befehlen, sind wir gewohnt. Da die schwarze Schimpfkanone sich mit uns befaßt, geschieht es in einer unanständigen, persönlichen Art; das Fortschrittsblatt zähmt sich etwas mehr, stimmt uns wohl gar einmal zu, wenn es ihm in den Kram paßt, um bei gegebenem Anlaß dann wieder um so lauter in den Kampf gegen den „Umsturz“ einzustimmen. Alle Parteiblätter aber übertrifft die Danziger Allgemeine Zeitung. Jedes Gefühl für Gerechtigkeit der Sozialdemokratie gegenüber ist ihr in den letzten Jahren verloren gegangen.

Zu diesen Blättern gesellen sich die „unabhängigen“ und „unparteilichen“ Danziger Neuesten Nachrichten. Was es mit der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit auf sich hat, wußte jeder längst. Die Neuesten vermittelten Streitbrecher, schrieben einseitig im Interesse der Unternehmer, schwelgten in Byzantinismus und waren nur in einem Punkte „unabhängig“ und „unparteilich“, nämlich in der Aufnahme unanständiger und stillos gefährlicher Inserate.

Es ist bedauerlich, daß es immer noch organisierte, also denkende Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die solche Zeitungen in ihrem Hause dulden. Beim jetzigen Stand der bürgerlichen Blätter Danzigs kann es überhaupt keinen stichhaltigen Vorwand dafür geben. Es ist doch widersinnig, denen zu helfen, die uns bekämpfen, auf daß sie in diesem Kampfe noch gestärkt werden. Darum endlich gründlich heraus mit dieser bürgerlichen Presse aus den Wohnungen der Arbeiter! Jedem Arbeiter muß bewußte heilige Pflicht sein, für die möglichst weite Verbreitung der Volkswacht zu streben. Damit dient er sich selbst, seiner Klasse und schafft mit am Kulturaufstieg zum Sozialismus.

Woher der teure Boden?

Diese Frage findet eine interessante Beantwortung in folgendem Artikel aus der Feder eines sachverständigen Genossen:

Daß eine Einrichtung wie die Bodenspekulation in ihrer Unnatürlichkeit und Widersinnigkeit ihre „Rechte“ durch Zug und Trug allein wahrhaftig nicht befremdend. Auch über die Dreistigkeit, mit der jene Märchen von den Gütern der heutigen Ordnung vorgebracht werden, kann man sich schon nicht mehr wundern. Sie sind eben ein notwendiges Stück unserer kapitalistischen Welt. Geradezu unglaublich aber ist es, wenn es noch städtische Behörden gibt, die in kindlicher Einfalt auf solch einseitiger Grundlage aufbauen und dadurch eine gerechte Behandlung des Ganzen unmöglich machen.

Die elenden Mietkassernen in unseren Städten sind nun einmal vorhanden, und wenn sich durch Wohnungsinspektion usw. auch manches bessern läßt, so sind die Mietkassernen als solche im Stadtbild doch vorläufig nicht aus der Welt zu schaffen. Anders liegen die Verhältnisse draußen an der Peripherie. Da könnte durch vernünftige Bauordnungen die Grundlage zu einem wahrhaft gesunden und schönen Wohnen geschaffen werden. Aber man hat im allgemeinen leider nicht den Mut zur Ehrlichkeit. Man sagt, man dürfe nicht in wohl-erworbene Rechte eingreifen und läßt im Prinzip alles seinen Gang gehen. Dabei sollen die Eigentumsrechte garnicht angefaßt werden. Nur einer künstlichen Verteuerung des Bodens soll durch eine gesunde Bauordnung vorgebeugt werden.

Wie ist denn heute die Methode der Bodenwucherer? Der Eigentümer hat draußen eine Baustelle, die bisher Wiesen- oder Ackerland war. Diese Baustelle hat an und für sich nur den Wert, den die landwirtschaftliche Bewirtschaftung des Platzes bringt. Der Besitzer aber legt sorgfältig den Finger auf die Waage, berechnet, wie viele Wohnungen und Läden nach der Bauordnung auf dem Grundstück gebaut werden können und wie hoch die Mieten sein werden, und kapitalisiert die Summe, das heißt multipliziert sie mit 12 oder 15. Das ist dann der Bruttovpreis. Hiervon werden die Kosten für Errichtung der Gebäude abgezogen und der Besitzer hat den „natürlichen“, das heißt künstlich errechneten Bodenpreis. Und was gab ihm die Möglichkeit zu dieser Rechnung? Die Bauordnung, der Umstand, daß die Bauordnung die Mietkassernen zuläßt.

Diese Methode hat sich so eingebürgert, daß sie im allgemeinen heute als selbstverständlich gilt und daß man sich danach richtet. Und so wagt man es in unseren Städten bis auf wenige Ausnahmen nicht, diese Zahlengedäude als lächerlich einfach über den Haufen zu werfen und eine Bauordnung zu schaffen, die die Mietkassernen verbietet und so eine künstliche Verteuerung des Bodens verhindert. Die Bodenpreise an und für sich sind also nicht hoch, wenigstens draußen nicht, sie werden durch die Bauordnung, durch das Gestatten der Mietkassernen erst künstlich hoch gemacht. Zug und Trug ist's, zu sagen, daß die teuren Bodenpreise zur Mietkassernen zwingen, nein, die Möglichkeit, Mietkassernen zu bauen, die fehlende vernünftige Bauordnung ist es, die den Boden verteuert, und darum ist es die erste Pflicht jeder Kommune auf dem Gebiete der Wohnungspflege, nach dieser Richtung hin reformierend vorzugehen.

Was geht es uns, die große Masse des Volkes an, daß eine Handvoll geldgieriger Philister sich draußen festgelegt hat, und daß ihnen ihre Spekulation durch das Verbot der

Mietkassernen verhindert wird? Soll um der paar Bodenspekulanten willen, die wahrhaftig nicht zu den Edelsten des Volkes gehören, die große Masse in jener oft geradezu ungläublichen Wohnungsnot darben? Eine Gemeinde, die diese Unnatur nicht zu erkennen vermag, ist nicht fähig, ihre kommunalen Aufgaben von der einzig berechtigten hohen Partei sozialer Kommunalpolitik aus zu betrachten, und wenn wir mit der Bahn die einzelnen Städte durchfahren und dann draußen an der Peripherie bereits hohe Mietkassernen sich erheben sehen, dann wissen wir sofort, daß wir wachen auf dem Boden einer mangelnden kommunalen Kultur.

Der teure Boden wird durch nichts anderes geschaffen als durch die Stadt selbst, die dann nachher über die Wohnungsnot jammert. Daß es den Städten so schwer fällt, das einzusehen und die nötigen Konsequenzen zu ziehen, ist eine jener traurigen Folgeerscheinungen kapitalistischer „Kultur“.

Diese Ausführungen sind zwar allgemein gehalten. Mit einigen Einschränkungen treffen sie indes auch auf die Danziger Verhältnisse zu. Aus diesem Grunde wurden sie hier veröffentlicht.

Typhus auf Kneipab.

Schon wiederholt haben wir auf die aller öffentlichen Gesundheitspflege hohnsprechenden Verhältnisse auf Kneipab hingewiesen. Der Danziger Magistrat und die bürgerlichen Stadtverordneten haben von jeher für die Arbeiterwohnviertel nichts nennenswertes getan. Nicht einmal eine Kanalisation ist in Kneipab. Die Klosettgruben sind größtenteils nordseitig mit Brettern bedeckt, und verbreiten einen unheimlichen Gestank. Das Schmutzwasser wird einfach auf die Straße gegossen, wo es stinkende Lachen bildet. Aus diesen fließt das Wasser in den Umluftkanal, und zwar zwischen den beiden Badeanstalten. In der Nähe der Männerbadeanstalt entsendet ein Schmutzlümpel, ein Ueberrest des alten Grabens, seine „Wohngerüche“ gen Himmel. Daß derartige Zustände ein guter Boden für jede Krankheit sind, leuchtet ein. Und nun hat der Typhus in Kneipab seinen Einzug gehalten! Ungefähr 20 Personen, darunter die ganze Familie des Bäckermeisters Sebastian, sind nach dem städtischen Krankenhaus geschafft worden. Einwohner von Kneipab wollen mit dem Oberbürgermeister Scholz Rücksprache nehmen, damit er dort geordnete Zustände schafft. Wir erwarten nicht viel von dieser Unterredung. Außer schönen Worten wird Herr Scholz nicht viel für Kneipab übrig haben. Gründliche Abhilfe können nur sozialdemokratische Stadtverordnete schaffen. Was sich die Kneipaber und mit ihnen die anderen Vorstädter merken mögen.

Die unmittelbare Ursache der Typhuserkrankungen soll durch verseuchte Milch hervorgerufen sein. Da nur ganz im allgemeinen mitgeteilt wird, daß die Milch „aus einem Dorf in der Niederung“ stammt, tappt das Publikum völlig im Dunkeln. Wir finden dieses behörbliche Bestreben wenig angebracht. Man sollte die Namen des Besitzers und der Ortschaft nennen, damit nicht grundlose Befürchtungen erweckt werden. „Aus der Niederung“ beziehen viele Tausende in Danzig Milch und Butter. Sie alle werden jetzt in Furcht gesetzt. Aber es ist ja nicht das erste Mal, daß das Danziger Publikum mit so ungenügenden Auskünften abgespeist wird. Ob sich die Hoffnungen auf ein Eindämmen der Seuche erfüllen werden, ist zu bezweifeln. In Kneipab liegt zu viel im Argen, wie wir eingangs dieser Notiz anführten. Jedenfalls sollten alle Einwohner sich dringend vor dem Genuß von ungekochter Milch und ungekochtem Wasser hüten und ebensowenig Geschirr mit ungekochtem Wasser reinigen.

Vorsicht beim Rasieren!

Der Verkehrtheit der Ansicht vieler Barbiers, die im Alaunstein ein Universalmittel gegen Infektion bei jeder Schnittverletzung erblicken, wird von den meisten der Geschäftskunden viel zu wenig entgegengetreten. Daß gerade der Alaunstein, der nach jeder Rasur als „Desinfektionsmittel“ angewendet wird, Krankheiten von einem Menschen auf den anderen übertragen kann, läßt ein Rechtsstreit erkennen, der jetzt das Reichsgericht beschäftigt hat.

Anfang Januar 1912 ist der Kläger durch einen Barbier in Berlin beim Rasieren unterhalb des Kinnes verletzt worden. Da die entstandene Schnittwunde erheblich blutete, rief der Barbier längere Zeit mit dem Alaunstein darüber hin, um so das Blut zu stillen. Die Wunde ist dann auch mit Bildung eines Schorfes verheilt. Am 20. Januar 1912 zeigten sich beim Kläger Anschwellungen der Halsdrüsen, und die daraufhin durch einen Arzt vorgenommene Untersuchung ergab syphilitische Infektion des Blutes. Infolgedessen klagte der Verletzte auf Zahlung von 400 Mark Heilungskosten und Ersatz weiteren Schadens.

Der Beklagte wurde in allen Instanzen verurteilt. Das Reichsgericht erklärte in seiner am Dienstag gefällten Entscheidung, unerheblich sei, ob das Syphilisgift durch das Rasiermesser oder durch die Nachbehandlung mit Alaun, oder etwa nach dem Verlassen des Barbierladens in die Wunde geracht ist. Da der Barbier die Wunde verschuldet habe, sei er auch schadensersatzpflichtig.

Für den Regierungsbezirk Danzig ist folgende Verfügung des Regierungspräsidenten in Kraft getreten:

Das Fleisch der Schlachttiere darf weder mit dem Wunde noch mittels eines Rasierbals, noch auf sonstige Weise aufblasen werden. Diesem Verbote zuwider ausgeblasenes Fleisch darf nicht feilgehalten oder verkauft werden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft.

Ungenügende Zahlen. Nach den letzten Zählungen des Vorjahres und denen des laufenden Jahres standen in Danzig nur 2 Prozent sämtlicher Wohnungen leer. Im ersten Quartal

1914 sind in Danzig noch nicht einmal hundert neue Wohnungen hergestellt worden. Die Hausagrarien sitzen im Rohr und schneiden Pfaffen . . .

Auf der Straße erschossen wurde der verheiratete Arbeiter Schmollnast aus Odra. Er sollte in den späten Nachmittagsstunden auf Poggenpuhl, bei der Einmündung der Thurnschen Gasse verhaftet werden. Der Verhaftete wollte dem Beamten nicht folgen. Der Schuhmann gab zwei Schüsse ab. Der erste Schuß traf an den Arbeitstisch eines Arbeiters ab und verletzete einen jungen Mann am Bein. Ein zweiter Schuß traf den Schmollnast in die Brust und tötete ihn auf der Stelle. Die Leiche wurde nach dem Bleihof gebracht.

Das Westpreussische Volksblatt liest seinen Lesern natürlich den Fall des „sozialdemokratischen“ Soldatenmifshändlers ebenfalls auf. Wir haben den Sachverhalt in der gestrigen Nummer (Aus der Partei, Soldatenmifshändler durch einen Sozialdemokraten) klar gestellt. Darum dürfen wir uns hier damit begnügen, festzustellen, daß das Jesuitenblatt die Tatsache verweigert, daß der Fall 27 Jahre zurückliegt und der Soldatenmifshändler damals kein Sozialdemokrat war. Ohne das Gewürz der Lüge kann die Zentrumszeitung eben ihren Brei nicht kochen.

Der Dezerent des städtischen Elektrizitätswerkes, Stadtrat Zimmermann, hat sein Amt niedergelegt. Stadtrat Runge, der bereits die Gas- und Wasserwerke leitete, wird auch die Verwaltung des Elektrizitätswerkes übernehmen. Damit ist der Wunsch einiger „Stadtväter“ erfüllt.

Bei dem Sternfeldchen Neubau in der Wollwebergasse fiel ein Ziegel herab, der eine vorübergehende Frau traf und sie beträchtlich verletzete.

Einen Schornsteinbrand löschte die Feuerwehr in dem Hause Hauptstraße 58 in Langfuhr.

Auf fünf Tage wird die Kleine Wollwebergasse für den Fuhrwerksverkehr gesperrt, weil dort ein großes Rohr verlegt werden muß.

Danziger Standesamt vom 29. Juni.

Danzig.

Todesfälle: Lehrer a. D. Emil Floerte, 55 J. 8 M. — S. des Feuerwehrmannes Oskar Brüh, 8 M. — Rentenempfänger Karl Zaib, 81 J. 11 M. — S. des Kaisers Hans Ueberbold, 8 W. — Steuerheber Louis Uepinus, 67 J. 11 M. — Tischlergehilfe Johann Louis Schlowinski, 55 J. 5 M. — Witwe Wilhelmine Krause, geb. Ernst, 78 J. 7 M. — Arbeiterin Marie Wisjolti, 23 J. 11 M. — Rentenempfängerin Klara Schörger, 62 J. 4 M. — Seemannsamtsekretär Heinrich Bruder, 72 J. — Präparandenamtssvorsteher August Koch, 73 J. 7 M. — T. des Maurergesellen Wilhelm Gothelf, 8 J. — Frau Gertrud Luzia Kraft, geb. Schmöde, 22 J. 6 M. — S. des Maschinenbauers Fritz Steinke, 6 M. — Arbeiter Gustav Hermann Poeschke, 50 J. 1 M. — S. des Arbeiters Paul Krest, 2 J. 7 M. — Witwe Angelika Heberlein, geb. Heberlein, 60 J. 4 M. — Frau Auguste Czarenski, geb. Schallowski, 73 J. 10 M.

Langfuhr.

Todesfälle: Arbeiterin Mathilde Klein, 16 J. 3 M. — S. des Arbeiters Joseph Rosenkranz, 17 J.

Polizeibericht vom 28. und 29. Juni.

1. Verhaftet: 11 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 2 wegen Bettelns, 5 wegen Trunkenheit.
2. Obdachlos: 4 Personen.
3. Gefunden: 1 Pfandschein Nr. 46 582; 1 Portemonnaie mit 1 Arbeiter-Wochenkarte; 1 schwarzer Damengürtel; 1 Openglas.

Schiffsnachrichten.

Nach Danzig unterwegs.

Schiff	Kapitän	Abgegangen
Godhem (SD)	Radman	24. Juni von Genf
Boula (TD)	Schulze	20. Juni von Newyork
Hamburgund (SD)	Johannson	23. Juni von Gotenburg

Angekommen in fremden Häfen.

Schiff	Kapitän	Angekommen
Carl (SD)	Frechwerk	25. Juni in Königsberg
W. C. Frohne (SD)	Schmidt	27. Juni in Stensburg
Prosper (SD)	Kretschmer	27. Juni in Brunsbüttelhof
Mollau (SD)	Kinder	27. Juni in Brunsbüttelhof

Kleines Feuilleton

— Entdeckung neuer Höhlen. Bei den Arbeiten zur Erschließung der vor einiger Zeit bei dem Vorort Garnsdorf aufgefundenen Heilquellen und der neuen Diadochhöhle am Fuß der Bergeshöhen des Thüringer Waldes wurden, wie man dem Berliner Tageblatt berichtet, von dem Berliner Geologen Dr. Hefz v. Wichdorff zahlreiche neue Höhlen und Grotten von märchenhafter Schönheit entdeckt. Die neuen Höhlen — man hat sie „Feengrotten“ genannt — werden gegenwärtig einer eingehenden wissenschaftlichen Durchforschung unterzogen, die bereits bedeutende Ergebnisse gezeitigt hat. Sie zeigen Tropfsteingebilde von bizarrer Eigenart und formenreicher Pracht, die aus sonst nirgends beobachteten, ganz seltenen Mineralien aufgebaut sind. Neben blendend weißen Höhlenräumen mit Sinterkastaden, burgähnlichen Stalagmiten und prächtigen, von den Decken herabhängenden Ketten nach Art venezianischer Spitzen sind — eine bisher in Höhlen niemals gesehene Eigentümlichkeit — bunte Grotten vorhanden, in denen die Wände und Decken in unendlichem Wechsel von braunen, gelblichweißen, roten, smaragdgrünen und himmelblauen Mineralgebilden ganz bedeckt sind.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Foesen-Danzig, für den übrigen Inhalt des Blattes Hans Mittvach-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unterhalt-Danzig. Verlag Volkswacht J. Behl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Schlussangebot unseres Saison-Ausverkaufs.

Gardinen — Dekorationen — Teppiche

zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen.

Tüll-Künstler-Garnituren 2 Flügel, 1 Behang	5.90	3.90	2.90 ^h
regulärer Wert bis	10.50 ^h		
Tüll-Gardinen vom Stück weiss, creme u. elfenbein, bis 140 cm breit, reg. Wert bis 85 ^h	Meter 58	48	38 ^h
Moderne Spannstoffe kleine aparte Muster zur Anfertigung von Künstler-Gardinen, Bett-docken und Stores, bis 140 cm breit	Meter 95	75	65 ^h
regulärer Wert bis	1.50 ^h		
Madras-Garnituren farbig gemustert, 2 Flügel, 1 Behang	8.25	6.75	4.90 ^h
regulärer Wert bis	14.50 ^h		
Erbstül-Bettdecken über 2 Betten mit reicher Handarbeit	9.50	6.75	4.90 ^h
regulärer Wert bis	17.50 ^h		

Die riesigen Lagerbestände

stellen wir zu sensationell billigen Preisen zum Verkauf.

Gardinen und Vorhängeleinen schwere waschochte Qualität mit bunten Streifen	80 cm 75	110 cm 95 ^h
regulärer Wert bis	1.10	1.45 ^h
Scheibengardinen und Lambrequinstoffe, weiss und creme	Meter 35	30 ^h
regulärer Wert bis	65 ^h	
Kongress-Stoffe farbig gemustert, für Spannzwecke geeignet	Meter 75 ^h	15 ^h
regulärer Wert		
Leinen-, Tuch- und Plüsch-Portieren 2 Flügel, 1 Behang	10.50, 6.50,	3.90 ^h
regulärer Wert bis	17.50 ^h	
Mulle weiss und bunt, für Schlafzimmer-Gardinen, ca. 125 cm breit	Meter 95, 85,	75 ^h
regulärer Wert bis	1.40 ^h	

Ein Posten Madras-Stores
bunt gemustert, Grösse 130/300
regulärer Wert 4.50 . Jetzt 1.90^h

Modewaren

Damen-Spachtel-Garnituren 1.25^h
mod. Fassons, weiss und creme

Kinder-Garnituren in Ripa, Pikea u. Stickerei, mod. Ausführung 95, 75, 55^h

Ein Posten Teppiche

Axminster und Tapestry 15.00^h
Grösse 170/235 regulärer Wert 24.50^h

Prima Velour-Plüsch, Perser- 21.00^h
und mod. Muster, Gr. ca. 170/235 regulärer Wert bis 29.75^h

Axminster und Tapestry 17.50^h
Grösse 200/300 regulärer Wert bis 26.50^h

Prima Velour-Plüsch, Perser- 33.00^h
u. mod. Muster, Grösse 200/300 regulärer Wert bis 48.00^h

Ein Posten Möbelsatin

allerneueste Rosen- und Blumenmuster, besonders für Kissen geeignet, ca. 80 cm breit. Meter 85^h

Taschentücher

Ein Posten Madeirätücher
Reinleinen m. einer Ecke 85, 58, 48^h

Damen-Batistkragen mit gestickten Blumen 55^h

Damen-Spachtelkragen runde und eckige Fasson, in vielen neuen Ausführungen 55^h

Sport-Serviteurs für Damen und Herren, aus gutem Panama 75^h

Damen-Gürtel imit. Wildleder, Neuheit, mit Metallgraffe und Schleife 95^h

Waschgürtel mit prima Stickerei zum Aussuchen 48^h

Engl. Batist-Taschentücher mit Hohlraum u. bunter Kante, Stück 10^h

Engl. Herrentücher mit bunter Kante Stück 15^h

Weisse engl. Damen-Batist-Tücher mit Hohlraum Stück 12^h

Linon-Taschentücher gebrauchsfertig 1/2 Dutzend 68^h

Engl. Damen-Batist-Taschentücher mit Buchstaben 1/2 Dutzend 98^h

Linon-Taschentücher für Herren, mit Buchstaben, gute Qualität 1/2 Dutzend 1.35^h

Gebrüder Freymann G. m. b. H. Modernes Kaufhaus.

Sonntag nachmittags 2 Uhr 45 Min. entschlief nach 14tägigem Krankenlager meine innigstgeliebte Frau, Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Gertrud Kraft

geb. Schmode

im Alter von 22¹/₂ Jahren.
Danzig, den 29. Juni 1914.

Paul Kraft
Bernhard Schmode nebst Frau
Emille Kraft
Fritz
Rosa } Schmode.
Agnes

Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Stadt-Krankenhaus aus statt.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass unsere Genossin

Gertrud Kraft, geb. Schmode

im Alter von 22¹/₂ Jahren verstorben ist. (833)

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Stadt-Krankenhaus aus statt.

Um rege Beteiligung erucht Der Vorstand.

Weichsel-Königin

Seife

besitzt höchste Waschkraft infolge ihres Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Überall erhältlich.

J. M. Wendisch Nachf.,

Seifenfabrik, Thorn.

Lichtstrahlen. Monatliches Bildungs-Organ für denkende Arbeiter. Herausgegeben von **Silian Borchardt.**

Preis pro Heft 10 Pfg. — Zum Abonnement empfohlen.

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Borg's

sämtliche

Qualitäts-Cigaretten

bei mir erhältlich

C. Sellin

Schüsseldamm 56

Du und dein Kind

Von Otto Rühle

Heft 1: Das fragende Kind
Heft 2: Das erwerbstätige Kind
Heft 3: Das eigensinnige Kind
Heft 4: Das lügenhafte Kind
Heft 5: Das aufsichtslose Kind
Heft 6: Das spielende Kind

Jedes Heft 15 Pf.

Heft 1 und 2 sind soeben erschienen und zu beziehen durch:

Buchhandl. Volkswacht
DANZIG, Paradiesgasse 32.

Menschenschlachthaus

Bilder vom kommenden Krieg!

Preis 1,00 Mk. Porto: Druckische 10 Pfg.

Volkswacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32

Wintergarten

Prologiert **Haase-Burlesken** Prologiert

Ein unheimlicher Gast | Der Kuß im Steffenspart

Walter Bährmann, der beliebte Humorist

find Schlager des glänzenden Weltstadt-Programms vom 16. bis 30. Juni

Vorverkauf Zigarrengeschäft **R. Obst**, Heilige Geistgasse 13
6271 **Gebr. Wetzel**, Stadtgraben 8.

Für

Naturfreunde

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur

Von Kurt Grottelwih

Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche sowie einem Porträt des Verfassers

Vierte Auflage

Ein treuer Begleiter bei den sonntäglichen Wanderungen :: Von der Presse lobend besprochen

Preis gut gebunden 1 Mk.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse 32.

Sämtliche **Töpferarbeiten** führt sachgemäß aus **Otto Märtens** Jungferngasse 9.

Harte Landwürst per Pfund 90 Pf.
zweite Fleischwürst per Pfund 50 Pf.
guter Minderaltg per Pfund 50 Pf.
bei 5 Pfund 45 Pf. (731)
frische Brekwurst per Pfund 30 Pf.
Brotbäckergasse Nr. 1.

Die Nonne Preis 60 Pfg. Zu beziehen durch Buchhandlung Volkswacht

Stempel-Schilder-Gravirungen Hering-Portchaisengasse 4. BILLIGE PREISE